

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 176

März 2009

€ 0,50

Karl Marx hatte recht

Kapitalistische Wirtschaftskrise: Bosse lassen Arbeiter zahlen



www.stuttgart.igm.de

Links: Nissan-Arbeiter in Barcelona protestieren gegen Entlassungen, November 2008. Oben: Protest bei Daimler in Stuttgart für die Übernahme aller Azubis, Februar 2009

Nachfolgend drucken wir eine bearbeitete, erweiterte und aktualisierte Version eines Vortrags von Joseph Seymour, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., bei einem kürzlichen Plenum des Internationalen Exekutivkomitees der Internationalen Kommunistischen Liga, erschienen in Workers Vanguard Nr. 927, 2. Januar 2009.

Ein holländischer Bankier meinte einmal, als er die Zustände an der Londoner Börse beschrieb, es käme ihm vor, „als seien all die Verrückten gleichzeitig aus dem Irrenhaus ausgebrochen“. Das war vor fast drei Jahrhunderten, als die so genannte Südsee-Aktienblase platzte. Es hat sich also nicht wirklich allzu viel verändert.

Die jetzige internationale Finanzkrise und der ernsthafte wirtschaftliche Abschwung begannen in den USA und sind auch hier konzentriert. Ich will also damit anfangen, die Krise in den breiteren historischen Rahmen des jahrzehntelangen Niedergangs des amerikanischen Kapitalismus zu setzen. Es ist jedoch hilfreich, zunächst die Natur des Klassenbewusstseins der Bourgeoisie unter die Lupe zu nehmen, insbesondere das der amerikanischen Bourgeoisie. Die

Bourgeoisie ist *keine* kollektivistische Klasse. Sowohl in ihrer Geschäftspraxis als auch bei der Regierungspolitik, die sie verfechten, sind Kapitalisten in erster Linie durch unmittelbares Eigeninteresse angetrieben, nicht durch irgendein Konzept der größeren, langfristigeren Interessen der Klasse. Selbstverständlich rührt das Einkommen und der Reichtum aller individuellen Kapitalisten von der gesamten Menge des Mehrwerts her, der durch die Ausbeutung der Arbeitskraft generiert wird. Aber in ihren tagtäglichen Aktivitäten ist das Hauptmotiv für Kapitalisten, insbesondere Finanzkapitalisten, die Vermehrung ihres eigenen Reichtums auf Kosten anderer Kapitalisten.

Ich habe ein Buch von einem erfahrenen Derivatenhändler, Satyajit Das, gelesen: *Mit harten Bandagen: Unbekanntes und Außergewöhnliches aus der schillernden Welt der Derivate* (2008). Es ist sehr unterhaltsam, wirklich witzig. Einmal hat Das für eine Investmentbank gearbeitet, die versuchte, einen japanischen Manager eines Pensionsfonds als Kunden zu werben:

„Die Bank hatte ihn jahrelang unaufhörlich umworben,

Fortgesetzt auf Seite 20

Für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher!

Leserbrief: Zur Familie in der DDR

18. September 2008

Liebe Genossen,

mit Freude habe ich den Artikel „DIE LINKE, von der Leyen und die ‚heilige Familie‘“ in der aktuellen Ausgabe vom *Spartakist* [Nr. 173, September 2008] gelesen. Die Beschreibung, wie der bürgerliche Staat durch seine Gesetze die Institution der Familie auf Schritt und Tritt zementiert, sprach mir aus ganzem Herzen, habe ich mich doch selbst kürzlich mit Jugendämtern und Kita-Leiterinnen herum-schlagen müssen, die den Anspruch meines Sohnes auf Tagesbetreuung wiederholt versuchten, mit dem Argument auszusetzen, dass meine hochschwangere, bzw. sich kurz nach der Entbindung unserer Tochter erholende Partnerin sich doch wohl gefälligst um beide Kinder kümmern solle.

Auch den auf das vom katholischen Klerus inspirierte Familienprogramm der saarländischen LINKEN gemünzte Bezug zu den reaktionären lassalleanischen Rechtfertigungen für „Mutterschutz“ fand ich äußerst zutreffend. Nicht zuletzt deshalb, weil Lafontaine selbst noch kurz vor dem Cottbusser Parteitag der LINKEN versuchte, das Kommunistische Manifest für sein bürgerliches Programm, den kapitalistischen Staat von der LINKEN mitverwalten zu lassen, zu vereinnahmen. Doch prangert schon das Manifest die bürgerliche Familienmoral als eine ideologische Grundfeste der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats an.

Die Benennung der kapitalistischen Wiedervereinigung als die Grundlage der historisch beispiellosen Zurückwägung sozialer Errungenschaften für Frauen ist absolut richtig und notwendig zu einem Zeitpunkt, da sich die deutsche Bourgeoisie über Berichte mokiert, dass die DDR in weiten Teilen der Bevölkerung (Ost und West) als sozialer gesehen wird als das heutige Deutschland oder das damalige Westdeutschland. Nunündigt sie „Aufklärungsmaßnahmen“ an, in denen mit aller Wucht eine neue Welle antikomunistischer Propaganda gegen diesen deformierten Arbeiterstaat losgetreten wird. Welche „Geisteshöhen“ die Ideologen dieser Kampagne erreichen werden, ist schwer vorauszusagen, aber bestimmt wird es noch mehr Quacksalber-Theorien geben, die der von den armen Jugendlichen, die zu Nazis wurden, weil sie in Plattenbausiedlungen aufwuchsen und im Kindergarten kollektiv aufs Töpfchen mussten, in nichts nachstehen.

In einem Detail bin ich jedoch mit der im Artikel wiedergegebenen Darstellung der Rolle der Familie in der DDR nicht einverstanden. „Die Familie, die weiterhin existierte, verlor viel von ihrem Charakter einer Sittenpolizei der Doppelmoral und als Institution, die sexuelle Unterdrückung durchsetzt.“ Eingeleitet wird dieser Satz durch eine Feststellung, dass „Schwangerschaft und Geburt ... nicht mehr den Ruf oder die Zukunft einer Frau, egal ob sie verheiratet war oder nicht“ bedrohten. Das widerspricht vielen Erlebnissen, die ich hatte, als ich in der DDR aufwuchs. Und DDR-Schriftstellerinnen wie Irmtraud Morgner oder Maxie Wander kritisierten wiederholt den Zynismus der DDR-Staatsführung, die alljährlich am 8. März die Emanzipation der Frau beschwor, aber letzten Endes sich einen Teufel drum scherte. In *Amanda. Ein Hexenroman* schrieb Morgner: „Ein Sozialismus aber, der die Männervorherrschaft nicht abschafft, kann keinen Kommunismus aufbauen.“

Selbst Ulrich Plenzdorfs sehenswerter, wenn auch aus heutiger Sicht betrachtet eher harmloser Film *Die Legende von Paul und Paula* sollte ursprünglich verboten werden. In diesem Film stichelt Plenzdorf auf subtile Weise gegen den Moralkodex, der es einem jungen aufsteigenden stalinistischen Bürokraten nicht möglich machte, seine Karriere fortzusetzen, wenn er sich von seiner Frau trennt und sich zu seiner Liebe für Paula, einer allein erziehenden Mutter zweier Kinder, bekennt. Interessanter Weise und letztlich typisch für die Widersprüche innerhalb der herrschenden stalinistischen Kaste war es Honecker, der sich dafür einsetzte, dass der Film, wenn auch nur kurzfristig, in die DDR-Kinos kam.

Das jedoch machte Honecker kaum zum Helden im Kampf für die Rechte der Frauen oder gar Homosexueller. Es ist wahr, dass zu seiner Zeit eine ganze Reihe archaischer Strafgesetze abgeschafft wurden wie das Abtreibungsverbot (1972) und 1988 sogar §151 (ein 1968 abgewandelter §175), der homosexuelle Beziehungen unter Strafe stellte. Während seiner Regierungszeit gab es einen enormen Ausbau von kinderfreundlichen Maßnahmen. Doch blieb auch unter Honecker die stalinistische Ideologie der „Familie als Keimzelle des Sozialismus“ bestehen. In der Praxis blieb die Familie das Druckmittel, um die in ihr lebenden Keime – ob Mann, Frau oder Jugendliche – zu disziplinieren.

In seinem Buch *Verratene Revolution* sezierte Trotzki die Rolle der Familie im degenerierten Arbeiterstaat UdSSR und stellte die reaktionäre Politik der stalinistischen Bürokratie im scharfen Kontrast zu den Maßnahmen der jungen Sowjetmacht in den ersten sieben Jahren nach der Oktoberrevolution dar. Trotzki's Beschreibungen der Familienverhältnisse in der Sowjetunion der 1930-er Jahre treffen auch auf die DDR nicht nur in den 50er- und 60er-Jahren unter Ulbricht zu, sondern auch später. Er fasste zusammen:

„Die wirklich sozialistische Familie, der die Gesellschaft die Last der unerträglichen und erniedrigenden Alltags-sorgen abnimmt, wird keiner Reglementierung bedürfen, und die bloße Vorstellung von Abtreibungs- oder Scheidungsgesetzen wird ihr nicht schöner erscheinen als die Erinnerung an Freudenhäuser oder Menschenopfer. Die Oktobergesetzgebung tat einen kühnen Schritt zu einer solchen Familie hin. Wirtschaftliche und kulturelle Zurückgebliebenheit erzeugten eine heftige Reaktion. Die thermidorianische Gesetzgebung geht zu den bürgerlichen Vorbildern zurück und verhüllt ihren Rückzug mit falschen Reden über die Heiligkeit der ‚neuen‘ Familie. Das Versagen des Sozialismus verbirgt sich auch in dieser Frage hinter frömmelnder Respektabilität.“

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. März 2009

Nr. 176

März 2009

Trotzki beschrieb das Wiederaufleben feudaler Sitten und mittelalterlichen Aberglaubens in den bäuerlichen Familien der Sowjetunion und die widerliche Doppelmoral der korrupten russischen Bourgeoisie in den städtischen, insbesondere den Familien in der Bürokratie. Die von den Stalinisten propagierte Familienmoral in der DDR kultivierte die starren, vom heuchlerischen lutherisch-evangelischen Protestantismus geprägten, spießbürgerlichen Wertvorstellungen Preußens, die Kommunisten wie Clara Zetkin oder Franz Mehring zu ihrer Zeit so hervorragend geißelten.

Mit genossenschaftlichem Gruß,
J.

Spartakist antwortet:

Der Leserbrief weist auf eine problematische Formulierung im *Spartakist*-Artikel hin. Der Satz „Die Familie, die weiterhin existierte, verlor viel von ihrem Charakter einer Sittenpolizei der Doppelmoral und als Institution, die sexuelle Unterdrückung durchsetzt“ kann den Eindruck erwecken, die Familie in der DDR wäre nicht mehr ein Instrument zur Frauenunterdrückung gewesen. Tatsächlich aber dient die Familie in *jeder* Klassengesellschaft der Unterdrückung der Frau, nicht nur im Kapitalismus, sondern auch in einer Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus, wo unter der Diktatur des Proletariats die gesellschaftlichen Produktivkräfte entwickelt werden, um das Erbe des Ausbeutersystems zu überwinden. Dies gilt erst recht für einen *bürokratisch deformierten* Arbeiterstaat wie die DDR, wo die Diktatur des Proletariats durch die politische Herrschaft einer stalinistischen Bürokratie verzerrt wurde, die das Programm von internationaler proletarischer Revolution im Namen des nationalistischen und antimarxistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem Land“ verriet und den Staatsapparat zur Verteidigung ihrer eigenen bürokratischen Privilegien missbrauchte. Gleichzeitig waren in der DDR aufgrund der Vergesellschaftung der Produktionsmittel enorme Fortschritte für Frauen möglich.

Wir verteidigten die DDR und die sozialen Errungenschaften, die sie verkörperte, bedingungslos militärisch, trotz und gegen die Politik ihrer stalinistischen Führung. Das Programm der SED in der DDR, wie das der Moskau-Stalinisten, hatte nichts mit Lenins und Trotzki's Bolschewiki zu tun, die den Kampf um die Befreiung der Frau als einen wesentlichen Bestandteil des Kampfes für die Befreiung der ganzen Menschheit begriffen und die für die internationale Ausweitung der Revolution kämpften. Diese marxistische Perspektive basiert auf dem Verständnis, dass der Mangel als materielle Basis für Klassen und die Familie überwunden werden muss. Sie unterscheidet sich damit übrigens auch grundlegend von dem feministischen Weltbild von „Frauen gegen Männer“, wie es in dem im Leserbrief erwähnten Zitat von Irma Traud Morgner zum Ausdruck kommt: „Ein Sozialismus aber, der die Männervorherrschaft nicht abschafft, kann keinen Kommunismus aufbauen.“ Nach der Oktoberrevolution 1917 ergriff die junge Sowjetunion trotz der bitteren Armut und Rückständigkeit des Landes Maßnahmen, die den Weg zur wahren Emanzipation der Frau durch die Ersetzung der Familienfunktionen durch soziale Institutionen einschlugen. Soweit es ihre sehr begrenzten Mittel zuließen, versuchte sie, soziale Einrichtungen aufzubauen, die Hausarbeit und Kindererziehung übernehmen konnten: öffentliche Kantinen und Wäschereien, Krippen, Kindergärten usw. Das waren die ersten notwendigen Schritte in die Richtung, Frauen aus dem beengten Rahmen der Familie zu befreien und eine neue egalitäre Gesellschaft aufzubauen.



Spartakist

Protest 1992 gegen Anti-Abtreibungsgesetze, Teil von Angriffen auf Frauenrechte nach kapitalistischer Wiedervereinigung

Im Kontext der fortgesetzten internationalen Isolation der Sowjetunion usurpierte eine aufkommende bürokratische Kaste mit Stalin an der Spitze die politische Macht vom sowjetischen Proletariat und erwürgte die bolschewistische Partei in einer 1923/24 beginnenden politischen Konterrevolution. In seiner brillanten Analyse der stalinistischen Degenerierung der Sowjetunion, *Verratene Revolution* (1936), betonte Trotzki, dass „die kurz nacheinander erfolgten Änderungen in der Einstellung zur Familie in der UdSSR bezeichnend [sind] für das Wesen der Sowjetgesellschaft und die Evolution ihrer herrschenden Schicht.“ 1934 wurde das Abtreibungsverbot (1920 von der Sowjetrepublik als erstem Staat der Welt abgeschafft) wiederingeführt, 1936 wurde die „sozialistische Familie“ offiziell proklamiert. Trotzki schrieb in *Verratene Revolution* dazu:

„Das materielle und kulturelle Versagen des Staates führte zur feierlichen Rehabilitierung der Familie, die – welch ein Wunder der Vorsehung – auch gleich mit der Rehabilitierung des Rubels zusammenfiel. Statt offen zu sagen: ‚Es hat sich gezeigt, dass wir noch zu arm und zu roh sind, um sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen zu schaffen – diese Aufgabe werden unsere Kinder und Enkel erfüllen‘, verlangen die Führer nicht nur, die Scherben der zerbrochenen Familie wieder zu kitteln, sondern auch – unter Androhung schlimmster Strafen –, in ihr die geheiligte Grundzelle des siegreichen Sozialismus zu sehen. Das Ausmaß dieses Rückzugs ist mit bloßem Auge nicht zu ermessen.“

Es war dieses stalinistische Programm, das die SED-Bürokratie nach der Gründung der DDR von der Führung in der Sowjetunion übernahm, beispielsweise wurde Abtreibung zwischen 1950 und 1972 unter Strafe gestellt. In ihrem ultimativen Verrat haben die stalinistischen Spitzen in Moskau und Ostberlin die Sowjetunion und die DDR an den Imperialismus ausverkauft. Das war das katastrophale Resultat des Programms vom „Sozialismus in einem Land“. Wie wir im Artikel in *Spartakist* Nr. 173 ausführten, stellte die Konterrevolution eine riesige Niederlage für Frauen, Arbeiter und Unterdrückte nicht nur in der ehemaligen DDR dar. Wir Trotzkiisten haben einzigartig gegen diesen Ausverkauf gekämpft. Wir kämpfen für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution, nicht zuletzt angesichts der kommenden Kämpfe um die Zukunft der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam, deren Ausgang entscheidend für das Schicksal von Abermillionen Arbeiterinnen und anderen Werktätigen sein wird. ■

Nieder mit reaktionären Streiks gegen ausländische Arbeiter!

Britannien: Gewerkschaften müssen immigrierte Arbeiter verteidigen!



Ölraffinerie in Lindsey, 30. Januar: Protektionistische Kundgebung richtet sich gegen ausländische Arbeiter

London – Über eine Woche lang veranstalteten tausende Bauarbeiter in Ölraffinerien und Kraftwerken in ganz England, Schottland, Wales und Nordirland eine Serie von Streiks für „britische Jobs für britische Arbeiter“. Die Streiks hatten weder zum Ziel, mehr Arbeitsplätze oder auch nur

Tariflöhne für alle!

irgendeine Errungenschaft für die gesamte Arbeiterklasse zu erkämpfen, noch bestehende Arbeitsplätze zu verteidigen. Es ging darum, existierende Arbeitsplätze auf der Grundlage der Nationalität der Arbeiter umzuverteilen. Diese reaktionären Streiks, die britische Arbeiter gegen ausländische Arbeiter und Immigranten ausspielen, sind schädlich für die Interessen der multiethnischen Arbeiterklasse in Britannien und die Interessen der Arbeiter in ganz Europa. Die Hauptforderung des Streiks, „britische Jobs für britische Arbeiter“, die seit langem mit den Faschisten in Verbindung gebracht wird, wurde vor kurzem von Gordon Brown, dem Premierminister von der Labour Party, auf deren Konferenz 2007 bestätigt. Die Streiks erhielten überschwängliche Sympathie von der krass immigranten- und arbeiterfeindlichen Zeitung *Daily Mail* und wurden aktiv von der faschistischen BNP (British National Party) unterstützt, die am laufenden Band rassistischen Müll produzierte wie die Behauptung, dass britische Arbeiter von Ausländern verdrängt würden.

Die Streikwelle konzentrierte sich auf die Lindsey-Ölraffinerie in Lincolnshire, die dem französischen Ölgiganten Total gehört. Mit einem Teil eines Bauprojekts wurde das italienische Unternehmen IREM beauftragt, das italienische und portugiesische Arbeiter hereinbrachte und keine britischen Arbeiter anheuerte. Ähnlich ist die Lage beim Staythorpe-Kraftwerk in Nottinghamshire, wo spanische Sub-

unternehmen ihre eigene Belegschaft mitbrachten. Berichten über die Einigung zufolge wurden bei Lindsey über 100 „neue“ Arbeitsplätze auf dem Bau geschaffen, die für britische Arbeiter vorbehalten sein sollen. Das wirkliche Ergebnis aber wird sich gegen ausländische und immigrierte Arbeiter auswirken; nicht zuletzt auf Baustellen für die Olympischen Spiele 2012, wo über ein Drittel der Arbeiter Immigranten sind und wo in den letzten Monaten etwa 200 rumänische Arbeiter während Razzien gegen „illegale“ ausländische Arbeiter entfernt wurden. Überhaupt sendet das protektionistische Gift dieser Streiks ein angst-einflößendes Signal an alle Immigranten und Minderheiten. Es schürt Rassismus und verstärkt die nationale Spaltung zwischen Arbeitern in Britannien und ihren Klassenbrü-

dern in anderen europäischen Ländern.

Die Verantwortung für diesen sozialchauvinistischen Kreuzzug liegt bei der Labour-treuen Führung der Gewerkschaften Unite und GMB, die diesen patriotischen Kreuzzug ebenso natürlich begrüßten wie Labours rassistischen „Krieg gegen den Terror“, der sich gegen Muslime richtet. Besondere Schuld lastet auf der Socialist Party von Peter Taaffe (in Deutschland Sozialistische Alternative, SAV), die ein Mitglied im Streikkomitee hatte und die wesentlichen Forderungen formulierte, während sie gleichzeitig den chauvinistischen Charakter der Streiks verharmloste. Was die Socialist Party „eine der wichtigsten Streikwellen der letzten Zeit“ nennt, ließ italienische Wanderarbeiter so um ihr Leben fürchten, dass sie sich während der ganzen Zeit in einem rostenden Lastkahn in Grimsby versteckten. Und nicht ohne Grund: Laut der *Times* vom 31. Januar besuchten 40 streikende Bauarbeiter von der Lindsey-Ölraffinerie in Lincolnshire – dem Zentrum der rassistischen Streiks – die italienischen Arbeiter, um ihnen zu sagen: „Geht in euer eigenes Land zurück.“ Allgemeine Unsicherheit und Furcht vor Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die weltweite wirtschaftliche Rezession, bereiten einen fruchtbaren Boden für die Sorte Chauvinismus, die dieser Streik lostrat.

Gewerkschaftsführer haben zynisch über die Diskriminierung britischer Arbeiter gewettert. Derek Simpson, einer der Führer der Gewerkschaft Unite, sprach von dem „wachsenden Problem, dass Arbeiter aus dem Vereinigten Königreich von wichtigen Ingenieurs- und Bauprojekten ausgeschlossen werden“, und forderte, dass „Firmen, die an Ingenieurs- und Bauprojekten beteiligt sind, Arbeitern aus dem Vereinigten Königreich gleiche Möglichkeiten geben, um Britanniens Infrastruktur aufzubauen“ (Erklärung von Unite, 30. Januar). Die rührende Sorge der Labour-treuen Bürokratie um „Chancengleichheit“ für britische Arbeiter steht in scharfem Kontrast zu

ihrem elenden Verrat an Klassenkämpfen der britischen multiethnischen Arbeiterklasse – vom Grunwick-Streik asiatischer Frauen 1976 über den großen Bergarbeiterstreik von 1984/85, dem sie in den Rücken fielen, bis zum Ausverkauf des Streiks am Flughafen Heathrow 2005, der aus Solidarität mit über 600 entlassenen asiatischen Frauen geführt wurde.

Die Behauptung der Bürokratie, dass britische Arbeiter durch ausländische Subunternehmen „diskriminiert“ würden, stützt sich auf eine Richtlinie der EU über „entsandte“ Arbeiter, nach der Subunternehmer ihre „eigenen“ Arbeiter bereitstellen können, um an zeitlich begrenzten Projekten in anderen EU-Ländern zu arbeiten. *Kein* britischer Arbeiter wurde bei Lindsey oder Staythorpe gefeuert. Bis die Arbeiter die Macht ergreifen, werden wir nicht in der Lage sein, uns um das Auf und Ab der Arbeitsmigration oder die Weltwirtschaft im Allgemeinen zu kümmern. Für die Gewerkschaftsbewegung muss entscheidend sein, nicht *wen* die Subunternehmer anstellen, sondern *mit welchem Lohn und unter welchen Bedingungen das geschieht*. Gegen die Versuche der Bosse, die Löhne und Arbeitsbedingungen (einschließlich der Sicherheitsstandards) aller Arbeiter nach unten „anzupassen“, indem sie eine Nationalität gegen die andere auszuspielen, müssen die Gewerkschaften fordern: *Volle Tariflöhne für alle Arbeiten auf dem aktuellen Niveau, egal, wer die Arbeit macht! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!* Das wirft die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zwischen den Bauarbeitern über europäische Ländergrenzen hinweg auf.

Das chauvinistische Wesen der Kampagne für „britische Jobs“ wird glasklar, wenn man sie aus dem Blickwinkel der Arbeiter jenseits des Ärmelkanals betrachtet. Tatsächlich ist Protektionismus ein zweischneidiges Schwert: Italienische Arbeiter (einschließlich bei IREM!), die im Augenblick im Nordosten Italiens mit britischen Bauarbeitern zusammenarbeiten, könnten ganz einfach mit Streiks und Mobilisierungen unter der Forderung „italienische Jobs für italienische Arbeiter“ Vergeltung üben, was ohne Zweifel auch die Unterstützung der italienischen Faschisten finden würde. Nach Angaben der EU-Kommission wurden 2006 vorübergehend 47 000 britische Arbeiter in andere EU-Länder „entsandt“, dreimal so viel wie die 15 000 ausländischen Arbeiter, die zur selben Zeit nach Britannien „entsandt“ waren (*Financial Times*, 3. Februar). Bezüglich des britischen Streiks sagte ein Sprecher des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes (CGIL), Guglielmo Epifani: „Wir müssen vorsichtig sein, denn wenn Arbeitslosigkeit gegen Arbeiter aus anderen Ländern benutzt wird“, hieße das, „Italiener könnten nur in Italien arbeiten, Engländer in England und Franzosen in Frankreich“ (*Reuters*, 5. Februar).

Das kapitalistische System beruht auf der brutalen Ausbeutung aller Arbeiter, und die herrschende Klasse entfacht rassische und ethnische Feindseligkeiten, um die Arbeiterklasse gespalten zu halten und so größeren Profit sicherzustellen. Wenn die Bauindustrie boomt, verlässt sie sich auf Immigranten, die in Britannien in der Vergangenheit irisch waren, aber heute überwiegend aus Osteuropa kommen. Mit dem Herannahen einer heftigen globalen Rezession wird der Wettlauf um eine geringer werdende Anzahl von Jobs intensiver. Dieser Wettlauf ist in der von Zeitarbeit und unsicheren Arbeitsplätzen geprägten Bauindustrie besonders akut, wo das System von Subunternehmen die Löhne tiefer drückt und die Möglichkeiten der Bosse zum Teilen und Herrschen vergrößert.

Labour-Reformismus und Protektionismus

Anstatt einen Kampf für Arbeit für *alle* Bauarbeiter zu führen, was eine internationalistische Perspektive erfordert, und für die Rechte von Immigranten einzutreten, hat die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die reaktionäre Forderung „britische Jobs für britische Arbeiter“ gefördert, auch

wenn sie BNP-Einmischungen in den Streik verurteilte. Derek Simpson gab im Namen von Unite eine Erklärung ab, in der es heißt: „Gewerkschafter stellen sich gegen alles, wofür die BNP eintritt. Wir haben Gewerkschaftsmitglieder auf Baustellen gewarnt, dass sie wachsam gegen ultrarechte Blutsauger sein müssen“, und er behauptete, dass es im Arbeitskampf „nicht um Rasse oder Immigration geht, sondern um die Klasse“. Jedoch ist jede Mobilisierung von Arbeitern auf der Grundlage von Protektionismus Gift fürs Klassenbewusstsein und spielt den Faschisten in die Hände. So etwas dient der Verhärtung von Rassismus gegen Immigranten und schwächt die Fähigkeit der Arbeiterklasse, ihre eigenen Interessen zu verteidigen. Die Bürokratie benutzt Protektionismus als eine Abdeckung für ihre Ablehnung von Klassenkampf und zur Befürwortung von Klassenkollaboration. Notwendig ist eine Mobilisierung der multiethnischen Arbeiterklasse *gegen* die von Brown geführte Labour-Regierung, für Arbeit für *alle*. Das erfordert einen politischen Kampf, um die gegenwärtigen Irreführer der Gewerkschaften – die Arbeiterleutnants des Kapitals – durch eine klassenkämpferische Führung zu ersetzen. *Gewerkschaften müssen gegen immigrantenfeindlichen Rassismus kämpfen! Nieder mit dem protektionistischen Gift!*

Ein Großteil der Labour-treuen reformistischen Linken schaffte es, grundlegend eine Position gegen die reaktionären Streiks zu beziehen. In einer Erklärung vom 31. Januar bemerkte die Socialist Workers Party (SWP – in Deutschland marx21) korrekterweise, diese Streiks „stützen sich auf die falschen Losungen und greifen die falschen Leute an“, und fügte hinzu: „Jene, die diese Streiks antreiben, spielen mit dem Feuer.“ Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht, GAM) ist „vorbehaltslos gegen“ die Streiks und sagte: „Die Zielscheibe der Streikenden sind nicht ihre Arbeitgeber, sondern 100 italienische und portugiesische Arbeiter“ (*Workers Power*, Februar 2009). In einem (undatierten) Flugblatt von Gerry Downing, einem Mitglied der Organisation Socialist Fight (Sozialistischer Kampf) heißt es: „Socialist Fight (SF) ist eindeutig gegen die ‚wilden‘ Streiks und ihr Ergebnis, weil sie auf der reaktionären Grundlage von ‚britische Jobs für britische Arbeiter‘ ausgerufen wurden“, und „auf dieser fremdenfeindlichen Grundlage wurden sie ausgeweitet, mit Unterstützung der rechten Medien, und auf dieser Grundlage wurden sie stillschweigend von den gesamten Führungen von Unite und GMB unterstützt. Und auf dieser Grundlage wurden sie auch abgeschlossen.“

Die Socialist Party jedoch, deren Unterstützer einen wesentlichen Teil der Streikführung stellten und die Forderungen vorbrachten, welche das Streikkomitee annahm, steckte bis zum Hals in dieser schändlichen Kampagne. Wenn auch Lippenbekenntnisse für die „gewerkschaftliche Organisation aller immigrierten Arbeiter“ abgelegt wurden, gehörte es nicht zu den Streikforderungen, die Rechte ausländischer Arbeiter auf Arbeit zu verteidigen. Sie beinhalten die Forderung nach „gewerkschaftlich kontrollierter Registrierung arbeitsloser und ortsansässiger Facharbeiter, die Mitglied der Gewerkschaft sind, und einem gewerkschaftlichen Nominierungsrecht, wenn es Arbeit

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org

gibt“. Mit anderen Worten sollen Jobs durch „ortsansässige“ (d. h. *britische*) Bewerber besetzt werden. Das ist nichts anderes als eine Version von „britische Jobs für britische Arbeiter“. Im Gegensatz zu einer leninistischen Avantgardepartei, die alle Formen von Chauvinismus bekämpft, ist die Socialist Party tief darin verstrickt.

Als Teil des Kampfes für eine klassenkämpferische Führung müssen Gewerkschaften den „Krieg gegen Terror“ und Rassismus gegen Immigranten und Minderheiten bekämpfen. Wir sind gegen alle immigrantenfeindlichen Gesetze und Regelungen der Bourgeoisie, einschließlich der Arbeitsbeschränkungen gegen Arbeiter aus osteuropäischen EU-Ländern. Wir fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften würde Arbeit für alle mittels einer kürzeren Arbeitswoche ohne Lohnverlust fordern und eine Organisierungskampagne beginnen, um alle Arbeiter in ihre Reihen zu holen, einschließlich derer, die in gefährlichen und niedrig bezahlten Jobs arbeiten.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Protektionismus nimmt angesichts der weltweiten kapitalistischen Rezession zu. So schrieb Barack Obama eine „Kauf amerikanisch“-Klausel in sein „Rettungs“paket für die amerikanische Industrie. Für die Bourgeoisie sind „Freihandel“ und Protektionismus Optionen, die sie diskutieren kann. Aber für das Proletariat ist Protektionismus Gift. Er ist ein klassisches Mittel, Unzufriedenheit über den Verlust von Arbeitsplätzen in die Bahnen von Feindschaft gegenüber ausländischen Arbeitern und Immigranten zu lenken und gleichzeitig Illusionen in die Güte unserer „eigenen“ Kapitalisten zu wecken. Die globale Wirtschaftskrise hat die Spannungen zwischen den kapitalistischen Regierungen innerhalb der EU verschärft, die darum zanken, ihre eigene Wirtschaft zu „retten“. Die EU-Richtlinie, die es Unternehmen erlaubt, in anderen Ländern keine ansässigen Arbeiter anzuheuern, hat unter Bauarbeitern Opposition gegen die EU hervorgerufen. Entgegen den Versprechen der Gewerkschaftsbürokratie, EU-Gesetze könnten so abgeändert werden, dass sie den Interessen der Arbeiter dienen, ist es ein Zweck der EU, die Löhne und Arbeitsbedingungen von Arbeitern nach unten zu drücken. Wir als revolutionäre proletarische Internationalisten sind gegen die EU – ein imperialistisches Konsortium zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber ihren amerikanischen und japanischen Rivalen auf Kosten der Arbeiterklasse in Europa, einschließlich ihres Minderheitenanteils. Unser Programm ist für Arbeiterrevolution, die zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führt.

Unser Programm steht in völligem Gegensatz zur nationalistischen „Little-England“-Opposition gegen die EU, verbunden mit dem Reformismus der alten Labour-Partei, dem die SWP, Workers Power und die Taaffe-Anhänger treu ergeben sind. Old Labours früherer Anspruch auf „Sozialismus“, wie er vom ehemaligen Bergarbeiter-Führer Arthur Scargill und von Tony Benn hochgehalten wird – ein Bekenntnis zu verstaatlichter Industrie im Rahmen des Kapitalismus –, ist seinem Wesen nach protektionistisch. Die weitreichenden Verstaatlichungen, die unter Clement Attlees Labour-Regierung in der Nachkriegszeit durchgeführt wurden, hatten nichts mit Sozialismus zu tun; sie waren vielmehr ein „Rettungspaket“ für die britische Industrie, die sich in einem tiefgreifenden Niedergang im Vergleich zu ihren Rivalen befand.

Die weitere Ausdehnung des imperialistischen Handelsblocks EU auf die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas lieferte den europäischen Bourgeoisien ein enormes Angebot sehr billiger Facharbeiter. Möglich wurde diese Ausweitung durch eine Serie kapitalistischer Konterrevolutionen, die zwischen 1989 und 1992 durch Osteuropa und die Sowjetunion fegten und Massenarbeitslosigkeit und so-

ziale Verelendung schufen. Diese historische Niederlage für die Arbeiter und Unterdrückten wurde von der Socialist Party, der SWP, Workers Power und allerlei anderen Reformisten unterstützt. Im Gegensatz dazu kämpften wir Trotzisten von der Internationalen Kommunistischen Liga für die Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Errungenschaften, die diese Staaten verkörperten.

Protektionismus ist doppelt schädlich, wenn er sich gegen die Volksrepublik China richtet, wo Britannien, die USA und andere imperialistische Mächte die Wiederherstellung der kapitalistischen Herrschaft zum zentralen Ziel haben. Die Tatsache, dass der Kapitalismus in China durch die Revolution von 1949 gestürzt wurde, was zum Aufbau einer kollektivierten Wirtschaft führte, stellt eine historische Errungenschaft für die Arbeiterklasse weltweit dar. Wir kämpfen weiterhin für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution und für proletarisch-politische Revolution, um die parasitäre stalinistische Bürokratie zu vertreiben und durch die Herrschaft von Arbeiter- und Bauernräten zu ersetzen.

In der Arbeiterbewegung gibt es viele Beispiele von Gewerkschaftssolidarität gegen Versuche der Kapitalisten, immigrierte Arbeiter mit niedrigen Löhnen als Knüttel gegen die Gewerkschaften einzusetzen. 2005 demonstrierten Arbeiter in Dublin und in ganz Irland gegen Irish Ferries (irische Fährgesellschaft) und in Solidarität mit immigrierten Arbeitern, als die Bosse versuchten, osteuropäische Arbeiter zu einem Bruchteil der Löhne von irischen Arbeitern anzuheuern. Unsere Genossen veröffentlichten ein Flugblatt, in dem sie dazu aufriefen, die Macht der Arbeiterklasse zur Verteidigung von Immigranten einzusetzen, und erklärten: „Gewerkschaften müssen immigrierte Arbeiter organisieren! Volle Löhne und Leistungen für Immigranten!“ Ein weiteres Beispiel war der Heathrow-Streik 2005 in Reaktion auf die Entlassungen niedrig bezahlter Arbeiter im Catering und deren Ersetzung durch Immigranten mit noch niedrigeren Löhnen (was bei den Kraftwerksbaustellen *nicht* passierte), wo die Belegschaft von British Airways in einen immens machtvollen wilden Streik trat, der das Geschäft von BA international lahmlegte. Doch die Gewerkschaftsführung unter Tony Woodley verwandelte den sicheren Sieg in eine Niederlage, indem sie den Streik beendete, ohne eine Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter erreicht zu haben.

Schon 1866 verhinderte die Internationale Arbeiterassoziation unter Karl Marx einen Versuch von Londons großkapitalistischen Meisterschneidereien, Schneidergesellen in London dadurch zu ersetzen, dass sie Gesellen in Frankreich, Belgien und der Schweiz anwarben. Marx schrieb: Die Sekretäre der Internationale „veröffentlichten darauf in den belgischen, französischen und Schweizer Zeitungen eine Warnung, deren Erfolg vollständig war. Das Manöver der Londoner Meister wurde vereitelt; sie mussten die Waffen strecken und die gerechten Ansprüche ihrer Arbeiter befriedigen“ („Warnung“, 4. Mai 1866).

Auf die Zyklen von Hochkonjunktur und Krisen des Kapitalismus gibt es keine andere Antwort als die proletarische sozialistische Revolution, die die Macht den Händen der irrationalen herrschenden Kapitalistenklasse entreißt und sie durch eine geplante, vergesellschaftete Wirtschaft ersetzt. Nur die Errichtung einer sozialistischen Ordnung kann das uralte Problem von Armut, Mangel und Not beseitigen. Wir streben danach, eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die in Opposition zum Labourismus geschmiedet wird, um die blutgetränkte kapitalistische Ordnung Britanniens zu stürzen und durch die Herrschaft der Arbeiterklasse zu ersetzen. Nieder mit dem reaktionären „Vereinigten Königreich“! Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken auf den Britischen Inseln!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 930, 13. Februar

Hamburg: „Vorteilsregelung“ spaltet Arbeiterklasse

Verteidigt ver.di gegen Angriffe der Hafenbosse!

Das nachfolgend abgedruckte Flugblatt vom 12. Januar wurde auf einer Ver.di-Demonstration am 13. Januar in Hamburg verteilt, die gegen den Senat und die Hafenbosse protestierte. Diese wollen per Gericht den abgeschlossenen Tarifvertrag teilweise aufkündigen lassen, um die „Vorteilsregelung“ zu kippen, nach der nur Gewerkschaftsmitglieder einen 260-Euro-Zuschlag pro Jahr erhalten sollen. Vor der Konzernzentrale versammelten sich 3000 Hafentarbeiter vor allem von der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) und einigen von Eurogate, Gesamthafenbetrieb (GHB) und anderen norddeutschen Häfen, um die Gewerkschaft gegen die Bosse und ihren Staat zu verteidigen. Das Hamburger Arbeitsgericht hat nun die Klage abgewiesen, jedoch eine Sprungrevision zum Bundesarbeitsgericht zugelassen. Unsere Genossen hatten viele Diskussionen darüber, wie die Gewerkschaft gestärkt werden kann und dass die Vorteilsregelung, die die Lohnungleichheit im Hafen noch weiter verstärkt, nicht die richtige Antwort ist. Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise mit fast täglichen Ankündigungen von Angriffen auf Arbeiter müssen starke, klassenkämpferische Gewerkschaften alle Arbeiter im Kampf vereinen. Laut ver.di



• Spartakist

Hamburg, 13. Januar: Protest von Hafentarkeitern gegen den Gerichtsprozess der Bosse

Organisiert die Unorganisierten!

sind seit der Finanzkrise schon über 100000 Leiharbeiter entlassen worden, Hunderttausende weitere Arbeiter sind nun von Kurzarbeit betroffen und das Gespenst von Arbeitslosigkeit und Hartz-IV-Elend droht. Das Flugblatt weist eine revolutionäre sozialistische Perspektive für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und das Elend des Kapitalismus.

Ver.di-Chef Bsirske denunzierte in seiner Rede auf der Demo empörender Weise die nichtorganisierten Hafentarbeiter als ‚Drückeberger‘, ‚Leisetreter‘ und ‚Bananenklaue‘! Das ist eine zynische Abdeckung dafür, dass die Ver.di-Spitzen die Hauptverantwortung dafür tragen, dass Arbeiter der Gewerkschaft den Rücken kehren. Seit langem werden neu eingestellte Arbeiter im Hafen die ersten Jahre für dieselbe Arbeit niedriger bezahlt als die älteren Arbeiter. Ver.di-Führung und Betriebsratsspitzen haben der Aushöhlung der Tarife zugestimmt und viele Arbeiter wurden mit Billigung der

Gewerkschaftsbürokraten ausgegliedert – das alles im Namen von Rentabilität und „Standortsicherung“. Bsirske macht die Opfer der sozialdemokratischen Klassenzusammenarbeit zu Sündenböcken.

Beim GHB stehen die ersten Massenentlassungen seit Jahren an. Betroffen sind erst einmal Neueingestellte, die weniger Rechte haben, besonders die ohne Ausbildung an Großgeräten, jetzt aber auch schon Fahrer der Van Carrier oder der Containerbrücken. Die unständigen GHB-Hafentarbeiter erhalten keinen finanziellen Ausgleich bei weniger Arbeit. Die Politik der Gewerkschaftsführung, die Stammbelegschaft gegen die Kollegen aus anderen Betrieben zu stellen, verhindert, dass die verwundbareren Arbeiter in die Gewerkschaften eintreten. Stattdessen muss vereint gegen Entlassungen gekämpft werden. Für die Übernahme und Festeinstellung von Leiharbeitern und Unständigen zu vollem Tariflohn! Um eine starke Hafentarbeitergewerkschaft aufzubauen, braucht es eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die mit Sozialpartnerschaft bricht.

* * * * *

Die HHLA-Bosse haben vor Gericht Klage eingereicht gegen die Vorteilsregelung für Gewerkschaftsmitglieder, ein Bestandteil des neuen Tarifvertrages für die Seehafentarbetriebe.

Gerichte und Staat: Hände weg von den Tarifen!

Sie tun dies, um ver.di zu schwächen. Es ist kein Zufall, dass die Bosse auf ein Gericht zurückgreifen, um gegen eine Gewerkschaft vorzugehen. Der Staat ist nicht neutral oder unabhängig, sondern Instrument der Kapitalisten zur Verteidigung ihrer Klasse und ihres Strebens, die Arbeiter auszubeuten. Die Gerichte sind wie Polizei und Gefängnisse Teil des staatlichen Repressionsapparates. Bei jedem Streik steht der Staat auf der Seite der Bosse und schützt die Streikbrecher. Polizei raus aus dem DGB! Bürgerlicher Staat: Hände weg von den Gewerkschaften! Es ist die Pflicht jedes Arbeiters im Hafen, gegen den Angriff der Bosse auf ver.di zu protestieren.

Gegen diesen Angriff der Bosse müssen alle Hafentarbeiter mobilisiert werden. Dem steht aber die sogenannte Vorteilsregelung (eine jährliche „Erholungsbeihilfe“ von 260 Euro ausschließlich für Gewerkschaftsmitglieder) entgegen, die die ohnehin bereits stark differenzierten Lohn- und Arbeitsbedingungen im Hafen noch weiter verschärft. Die mit der sozialdemokratischen LINKEN personell und politisch verbundene reformistische Deutsche Kommunistische Partei (DKP) erklärte direkt nach dem Tarifabschluss in ihrer Zeitung:

„Der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe entwickelte gegen diese Regelung anfangs vehementen Widerstand. Bundesweit wurde von den Arbeitgeberverbänden versucht, eine solche Regelung zu verhindern, weil sie befürchten, dass hierdurch der Organisationsgrad und damit die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften steigen könnte. Daher war es nach Gewerkschaftsaussagen eine bedeutsame Herausforderung, eine Vorteilsregelung für ver.di-Mitglieder durchzusetzen und dafür eine angemessene Höhe und Form zu finden.“ (*unsere zeit*, 13. Juni 2008)

Tatsächlich kann sich aber ein Teil der Bourgeoisie durchaus mit einer Vorzugsbehandlung für Gewerkschafter anfreunden, solange die Gewerkschaft nach den Vorgaben der Bosse spielt. So hat der NRW-Arbeitsminister Laumann im Namen des Landesverbands seiner Partei, der CDU, solche Sonderzahlungen für Gewerkschaftsmitglieder bundesweit und für viele Branchen gefordert. Er möchte damit verhindern, dass neben den Piloten und Lokführern noch mehr Einzelgruppen den DGB-Gewerkschaften den Rücken kehren und mit höheren Lohnforderungen das verlangen, was eigentlich allen Arbeitern zusteht. Er möchte die Flächentarife als Zwangsjacke benutzen und verhindern, dass einzelne Berufsgruppen für sich höhere Tarife durchsetzen. Und der Hamburger Ver.di-Vorsitzende Rose biedert sich sogleich an. Für ihn tragen Vorteilsregelungen „zur Wiederbelebung der Sozialpartnerschaft und Festigung von Flächentarifen bei“. Ver.di und DKP verkaufen die Vorteilsregelung als Stärkung der Gewerkschaft, wobei aber genau „Sozialpartnerschaft“ (ein anderes Wort für Klassenzusammenarbeit) und Ausverkaufspolitik zur Schwächung der Gewerkschaften und Entstehung von Standesgewerkschaften geführt haben. Die Bosse setzen nicht nur auf Frontalangriff, um die Gewerkschaften zu schlagen, sie üben sich auch in der Umarmung der Gewerkschaftsspitzen, um Kontrolle über die Arbeiter zu haben. Dabei machen sie sich das sozialdemokratische Konzept der Klassenzusammenarbeit zunutze, denn die reformistische Gewerkschaftsführung möchte als seriöser Partner im deutschen Imperialismus gelten. Nötig sind dagegen starke Industriegewerkschaften, die statt „Sozialpartnerschaft“ zu pflegen tatsächlichen Klassenkampf organisieren.

Mit Klassenzusammenarbeit hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung jahrzehntelang die Gewerkschaft zurückgehalten. So haben sie den Hafentarifen geholfen, den Hafentarif massiv auszuhöhlen. Mit solchen verschleiern den Begriffen wie „wirtschaftliche Effizienz“, was in Wirklich-

keit Profitmaximierung der Bosse bedeutet, hat die Gewerkschaftsführung die Auslagerung etlicher Hafenbereiche abgesehen. So können heute die Bosse bei Fruchtschlag, Bahnverladung und Logistik niedrigere Tarife zahlen als bisher. Gleichzeitig haben sich für alle die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Dem daraus folgenden sinkenden Organisationsgrad versucht die Gewerkschaftsführung mit einer falschen Antwort zu begegnen: der Vorteilsregelung. Statt sich für alle Hafentarbeiter einzusetzen, verabschiedet sie sich weiter von dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und vertieft damit die Spaltung zwischen den Arbeitern. Wie will die Gewerkschaftsführung Mitglieder gewinnen, wenn sie die Unorganisierten als „Trittbrettfahrer“ diffamiert? Mit solchen zünftlerischen Losungen wie „Proud to be a Docker“ [Stolz ein Hafentarbeiter zu sein], werden alle vor den Kopf gestoßen, die nicht direkt an der Wasserseite Container bewegen. Aber diejenigen, die die Container packen, und die Hafentrucker, die die Container zu den Terminals bringen, gehören auch zu den Hafentarbeitern. Eine auf starke Einzelgruppen ausgerichtete, sozialdemokratische, zünftlerische Politik unterminiert die Einheit und wird sich als Bumerang erweisen.

Die Gewerkschaft ist die einzige Organisation, mit der die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen und verteidigen können. Und die größtmögliche Einheit aller Arbeiter ist nötig, um gegen die geballte Macht der Bosse und ihres Staates gewappnet zu sein. Die Gewerkschaften wurden ursprünglich aufgebaut als Streikkassen, damit die Arbeiter im gemeinsamen Kampf gegen die Bosse nicht so leicht ausgehungert werden können. Sie wurden aufgebaut als Organisationen für den Kampf der Arbeiter gegen die Bosse und nicht zur Zusammenarbeit, denn die Interessen der Arbeiter und Kapitalisten sind unvereinbar. Die Gewerkschaft wird aufgebaut und gestärkt, indem man für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung kämpft, die mit der Klassenzusammenarbeit Schluss macht; die dafür sorgt, dass die Gewerkschaft sich für alle einsetzt; die die Gruppen der Arbeiter mit der stärksten sozialen Macht mobilisiert, um die weniger starken zu verteidigen. Und wenn die Gewerkschaften den beschränkten Rahmen der von den Kapitalisten erzwungenen „Sachzwänge“ über Bord werfen und tatsächlich für die Belange und Interessen aller Arbeiter kämpfen, dann werden auch die Mitgliederzahlen bedeutend steigen.

Für eine Gewerkschaft, die alle einschließt, die im Hafen arbeiten, und die die Interessen der Arbeiter gegen die Interessen der Bosse verteidigt. In einem Kampf für gleichen Lohn auf höchstem Niveau für gleiche Arbeit wird die Arbeiterbewegung die Vorteilsregelung fallen lassen. Für einen Kampf, den Hafen hundertprozentig gewerkschaftlich zu organisieren! Weg mit der spalterischen Vorteilsregelung! Alle ausgegliederten Hafenbereiche zurück in den Hafentarif! Organisiert die Unorganisierten! Gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit muss ein Recht auf Arbeit erkämpft werden. Die Gewerkschaften müssen Arbeiter mit und ohne Arbeit in gegenseitiger Solidarität vereinen. Dafür muss ohne Lohnverlust die Arbeit auf alle Hände verteilt werden. Um Ungleichheit und Verelendung zu verhindern, müssen Tarifverträge auch eine der Preissteigerung entsprechende automatische Lohnsteigerung für alle garantieren, eine gleitende Lohnskala. Die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Helfer werden behaupten, dass diese Forderungen „nicht realisierbar“ sind. Aber:

„Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen

Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.“ (Leo Trotzki, *Übergangsprogramm*, 1938).

Nachdem sie jahrelang Rekordzuwachsdaten beim Umschlag verzeichnet haben, setzen die Hafengebisse jetzt darauf, dass die Krise in absehbarer Zeit vorbei sein wird. Die vollmundigen Versprechungen der Bosse, niemanden zu entlassen, werden aber vergessen sein, wenn die Krise sich verschärft oder länger dauert als erwartet. Sie werden versuchen, die Wirtschaftskrise zu benutzen, um die Tarife noch mehr zu drücken und die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern. Der Kapitalismus hat zu der jetzigen Wirtschaftskrise geführt und gezeigt, dass er bankrott ist. Hindernisse auf dem Weg zu dem Verständnis, dass das kapitalistische System abgeschafft werden muss, sind die sozialdemokratischen Irreführer von SPD und LINKE, Parteien mit einer gewissen Arbeiterbasis, aber mit einem prokapitalistischen Programm. Sie und ihre Steigbügelhalter wie die DKP sind dafür da, den Kapitalisten dabei zu helfen, die Arbeiter ruhigzustellen. Zum Beispiel indem sie die Arbeiter an die „eigene“ Bourgeoisie ketten. Prominentes Beispiel dafür ist Lafontaine (DIE LINKE): „Wir müssen Sorge tragen, dass ausländische Staatsfonds nicht europäische Unternehmen aufkaufen. Dazu brauchen wir eine abgestimmte Vorgehensweise der Europäer“ (*Neue Ruhr Zeitung/Neue Rhein Zeitung*, 21. Oktober 2008). In diesem Sinne hat auch die Ver.di-Führung im Zuge des Widerstands gegen die Privatisierung der HHLA gegen die „Gefahren“ ausländischer Kapitalisten gewettert und die einheimischen Kapitalisten und den Hamburger Senat schöneredet. Das ist nationalistische protektionistische Standortpolitik, die Arbeiter gegeneinander ausspielt. Tatsächlich werden mit dieser sozialdemokratischen „verant-



Burchardkai der HHLA im Hamburger Hafen

HHLA

wortungsvollen“ Politik im Namen der „Standorttrettung“ die Kapitalisten gerettet, während Arbeiter entlassen werden, und diejenigen, die ihre Arbeit behalten, werden noch mehr für die Profite der Bosse ausgebeutet.

Die Arbeiter sind international unter Beschuss und müssen eine gemeinsame Solidarität schmieden im Kampf gegen die Bosse, egal welche nationalen kapitalistischen Interessen die repräsentieren. Organisiert die Unorganisierten! Für klassenkämpferische Gewerkschaften statt Zusammenarbeit mit Bossen und Staat auf Kosten der Arbeiter. Die Arbeitskämpfe müssen mit einer sozialistischen Perspektive verbunden werden. Nur wenn diejenigen regieren, die arbeiten und damit den Reichtum erschaffen, können die Ressourcen zum Wohle aller genutzt werden und Existenzangst und Unterdrückung gehören der Vergangenheit an. Für internationale Planwirtschaft auf der Basis von Arbeiterräten und Arbeiterdemokratie. Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die dafür kämpft, dass die Arbeiter weltweit die Macht übernehmen. ■

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (6 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

176

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Kalter Krieg, Ostpolitik und DDR-Anschluss

SPD: Trojanisches Pferd der Konterrevolution

In diesem Jahr nähert sich der 20. Jahrestag der Massenproteste in der DDR, die im Herbst 1989 zum Zusammenbruch des SED-Regimes unter Erich Honecker führten. Die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger in der Arbeiterbewegung werden die damaligen Ereignisse mit pompösen Zeremonien feiern und sie als Schritte in Richtung einer „freiheitlich-demokratischen“ Konterrevolution zur Wiedervereinigung in einer „sozialen Marktwirtschaft“ umdichten. Diese Lügengeschichtsschreibung der kapitalistischen Sieger soll ausradieren, dass die Demonstrationen 1989 nicht als prokapitalistische Bewegung gegen die Planwirtschaft im bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR begannen, sondern gegen die *Miss*-herrschaft der verknöcherten und korrupten stalinistischen Bürokratie gerichtet waren. Millionen, die im Herbst und Winter 1989/90 in der gesamten DDR auf die Straße gingen, wollten eine erneuerte DDR auf sozialistischer Basis. Wir Trotzisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) kämpften dafür, eine revolutionäre Führung zu schaffen, die die Arbeiter gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung und für eine *revolutionäre* Wiedervereinigung in einem roten Rätedeutschland mobilisiert als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. In unserem Aufruf „Gründet Spartakist-Gruppen!“ vom 2. Dezember 1989 schrieben wir:

„Das ist die Wahl: Entweder eine Reihe kapitalistischer Siege, auf lange Zeit schreckliche Verelendung der Massen in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten, imperialistische Rivalität um die Aufteilung der Beute, die Gefahr der Auslöschung der Menschheit durch einen dritten Weltkrieg. Oder das Proletariat schmiedet die revolutionäre Führung, das Werkzeug dafür, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Der Kapitalis-



Ullstein Bilderdienst

Berlin 1963, Frontstadt im Kalten Krieg. Oben: Willy Brandt, US-Präsident Kennedy (links), westdeutscher Kanzler Adenauer (rechts). Unten: Sowjetische und US-Panzer stehen sich 1961 am Checkpoint Charlie gegenüber



ohne Bildnachweis

mus hinterlässt weltweit ungeheuren Dreck. Eine vereinte und klassenlose sozialistische Weltgemeinschaft kann sich daran machen, damit aufzuräumen.“

Unter dem Ansturm einer massiven Kampagne der Imperialisten und betrogen und demoralisiert durch den Ausverkauf seitens der stalinistischen Spitzen in Moskau und Ostberlin wurde die beginnende politische Revolution von einer kapitalistischen Konterrevolution überrollt. Der Triumph der Konterrevolution wurde mit den Volkskammerwahlen im März 1990 besiegelt, danach folgten die Zerschlagung der kollektivierten DDR-Wirtschaft durch die Treuhänder und die formale Wiedervereinigung im Oktober. Kaum zwei Jahre später kämpften wir im Heimatland der Oktoberrevolution darum, die Arbeiter gegen Jelzins Konterrevolution zu mobilisieren. Aber obwohl wir und die prosozialistischen Kräfte eine Niederlage erlitten, sind die Lehren aus 1989/90 in der DDR und danach in der Sowjetunion dennoch von ungeheurer Bedeutung für den Kampf für neue Oktoberrevolutionen weltweit. Dieser stellt nach wie vor die einzige Hoffnung dar, die Menschheit vor einer Zukunft von kapitalistischen Krisen, Ausbeutung, neokolonialer Unterdrückung und ultimativ vor der Drohung einer nuklearen Auslöschung zu retten. Beginnend mit dieser Ausgabe wird *Spartakist* Artikel abdrucken, die auf der Grundlage von Forschung und Diskussion innerhalb der IKL in den letzten Jahren die Lehren dieses Kampfes gegen die Konterrevolution in DDR und Sowjetunion vermitteln. Für einen zusammenfassenden Überblick unserer Intervention

verweisen wir unsere Leser auf „Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!“ (Dokument der II. Internationalen Konferenz der IKL, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993) sowie auf „Revolution vs. Konterrevolution

in Deutschland 1989/90“ (*Spartakist-Extrablatt*, 4. April 2000).

In dieser Ausgabe befassen wir uns mit der speziellen Rolle der Sozialdemokratie beim Vorantreiben der kapitalistischen Konterrevolution. Wie wir im oben zitierten Flugblatt vom Dezember 1989 warnten: „Die SPD/SDP, Strohmänner für die Frankfurter Bankiers, sind die größte Gefahr. Ihr Programm des ‚demokratischen Sozialismus‘ heißt kapitalistische Konterrevolution à la Scheidemann und Noske, Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.“ Die Rolle der SPD als Trojanisches Pferd der Konterrevolution war eng mit ihrem Charakter als Agent der Bourgeoisie *innerhalb* der Arbeiterbewegung verknüpft, ausgedrückt in ihrer – Anfang der 1960er-Jahre entwickelten – Ostpolitik. Wie Lenin erklärte, ist die SPD eine „bürgerliche Arbeiterpartei“. Mit ihrer Zustimmung zu den kaiserlichen Kriegskrediten bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 war sie offen auf die Seite ihrer „eigenen“ Bourgeoisie übergegangen. Ohne eine Strategie, die Sozialdemokratie (ob SPD oder LINKE) entlang der Klassenlinie zu spalten – d.h. die Arbeiterbasis politisch von der prokapitalistischen Führung zu brechen und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen –, kann es keine siegreiche revolutionäre Politik in diesem Land geben.

SPD nach dem Zweiten Weltkrieg: Vom „Ostbüro“ zur „Ostpolitik“

Seit der bolschewistischen Revolution von 1917 war es immer das vorherrschende Ziel des Imperialismus gewesen, diesen bisher größten Sieg der internationalen Arbeiterklasse wieder zunichte zu machen. Die Sowjetunion machte ab 1923/24, im Kontext der imperialistischen Umzingelung und der fortgesetzten Isolation des jungen Arbeiterstaates, eine stalinistische Degeneration durch, eine politische Konterrevolution. Aber die sozialen Grundlagen der Oktoberrevolution – Enteignung der Kapitalistenklasse – blieben erhalten und stellten nach wie vor Errungenschaften für die Arbeiter der gesamten Welt dar. Auf Basis der bedingungslosen militärischen Verteidigung gegen Imperialismus und innere Konterrevolution kämpften wir für proletarisch-politische Revolution, um den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und die nach seinem Muster errichteten deformierten Arbeiterstaaten durch Errichtung der Räteherrschaft auf den revolutionär-internationalistischen Kurs von Lenins und Trotzki Bolschewiki zurückzuführen.

Die prokapitalistischen SPD-Spitzen zeichneten sich seit 1917 durch böartigen Antikommunismus aus, angefangen mit den konterrevolutionären Bluthunden Ebert, Noske und Scheidemann. Politisch am gefährlichsten waren jedoch die linken sozialdemokratischen Führer wie Karl Kautsky, die mit pseudomarxistischen Phrasen die Einheit mit der Partei von Ebert und Noske predigten und gegen die Sowjetunion hetzten. Im Zweiten Weltkrieg starben über 20 Millionen sowjetische Arbeiter und Bauern, um den Ansturm des deutschen Imperialismus zurückzuschlagen, und es war die Rote Armee, die trotz Stalin das Naziregime zerschlug und Europa befreite. Ende der 1940er-Jahre entstand im sowjetisch besetzten Osten Deutschlands auf Grundlage der Enteignung der Kapitalistenklasse ein deformierter Arbeiterstaat. In Westdeutschland baute der US-Imperialismus – der als die dominante kapitalistische Weltmacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging – den



Verlag Haus am Checkpoint Charlie

Beginnende proletarische politische Revolution in der DDR, Juni 1953: Hennigsdorfer Stahlarbeiter marschieren durch Westberlin. Massenversammlung forderte Metallarbeiter-Regierung für ganz Deutschland

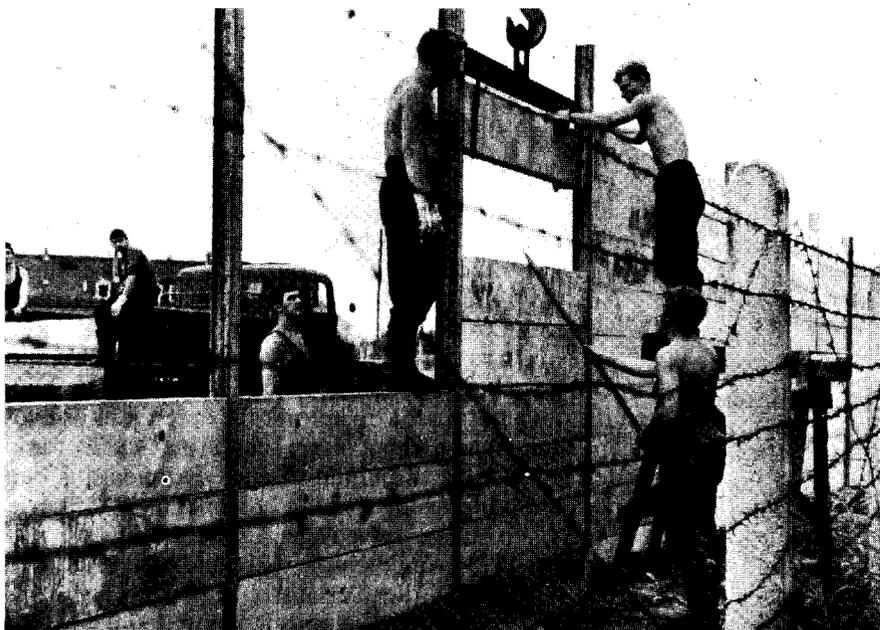
kapitalistischen Staatsapparat als Frontstaat seines antisowjetischen Kalten Kriegs wieder auf und nahm viele der „ehemaligen“ Nazikader in seine Dienste. Die SPD wurde als antikommunistisches Bollwerk in der Arbeiterbewegung neu aufgebaut. Zu diesem Zweck flogen die Kalten Krieger der AFL-CIO (US-Gewerkschaftsdachverband) Irving Brown und Jay Lovestone ein, die zuvor die „Arbeiterabteilung“ im Londoner Büro des OSS (Vorläufer der CIA) leiteten. Die Sozialdemokraten wuschen CIA-Gelder und lieferten die „demokratische“ Rhetorik für deren konterrevolutionäre Kampagnen. Gemeinsam setzten sie Schläger und Gangster ein, um die Kommunistischen Parteien aus den Gewerkschaften in Westdeutschland und in ganz Westeuropa zu vertreiben, sie zu zerschlagen und auf schwarze Listen zu setzen. 1973 gründeten die SPD und ihre Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) die Sozialistische Partei Portugals (SP). Nach dem Sturz der Caetano-Diktatur 1974, der eine vorrevolutionäre Situation eröffnete, organisierten SPD und FES, dass CIA-Gelder nach Portugal geleitet wurden, um die konterrevolutionäre Offensive der SP zu unterstützen, die 1975 Büros der Kommunistischen Partei niederbrannte.

Ein Beispiel der SPD-Arbeit für Konterrevolution in der DDR war ihr Ostbüro, eingesetzt auf Befehl von Kurt Schumacher, dem ersten SPD-Vorsitzenden nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Ostbüro war ein Referat beim Parteivorstand der SPD und diesem bis zur Auflösung 1971 verantwortlich. Sein letzter Chef, Helmut Bärwald, prahlt in seinem Buch *Das Ostbüro der SPD* (Sinus-Verlag, Krefeld, 1991) über die Zusammenarbeit seines Büros mit verschiedenen imperialistischen Geheimdiensten, alles im Namen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ der BRD, dem selbsternannten Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich. Zusammenarbeitet wurde etwa mit dem Bundesnachrichtendienst von Reinhard Gehlen – früher Spionage-Chef der Nazis in der Wehrmacht-Abteilung Fremde Heere Ost – und der Bundeswehr-Abteilung für „psychologische Kampfführung“. In Bärwalds Buch wird die DDR ständig revanchistisch als „Mitteldeutschland“ bezeichnet.

In den 50er-Jahren war ein gewisser Egon Bahr, später ein wichtiger Berater von Willy Brandt und zentraler Stratege der SPD-Ostpolitik, Chefkommentator des RIAS („Rundfunk im amerikanischen Sektor“), einem Propagandawerkzeug der Imperialisten im Kalten Krieg. Während der beginnenden proletarisch-politischen Revolution im

Juni 1953 in der DDR, als die ostdeutschen Arbeiter gegen die stalinistische Bürokratie rebellierten, sendeten Bahr und der RIAS prokapitalistische, nationalistische Parolen in die DDR. Während sie also versuchten, im Osten den Samen der Konterrevolution zu legen, wiesen sie ostdeutsche Arbeiter ab, die zu einem Generalstreik aufrufen wollten. Bahr und die SPD-Führung verhinderten so gut sie konnten, dass prosozialistische Losungen von Arbeitern in der DDR die Arbeiter im Westen erreichten – z.B. der Aufruf zu einer Metallarbeiterregierung oder die Parole „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ (siehe „Der 17. Juni 1953 gehört der Arbeiterklasse, nicht der Bourgeoisie!“, *Spartakist* Nr. 151, Sommer 2003).

Die SPD blieb in den 1940er- und 1950er-Jahren im Bundestag in der Opposition und profilierte sich als deutsche nationalistische Opposition gegen Adenauers Christdemokraten. In seinem Buch *Uneinig in die Einheit* (J.H.W. Dietz Verlag, Bonn, 2006) beschreibt Daniel Sturm, was die SPD unter „Einheit der Nation“ verstand: „Gemeint war damals



August 1961: Bau der Berliner Mauer, bürokratische Maßnahme zur Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats DDR

ohne Frage das gesamte Deutschland in den Grenzen von 1937. Die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zählten ebenso dazu wie das Saarland.“ Schumacher, der ein Nazi-Konzentrationslager überlebt hatte, war für seinen Nationalismus berüchtigt, zum Beispiel griff er 1949 Adenauer als „Bundeskanzler der Alliierten“ an. Im Mai 1952 wettete Schumacher bei der Bundestagsdebatte über die Aufhebung des Besatzungsstatuts gegen Adenauer: „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein Deutscher zu sein“ (Sturm, a. a. O.). Aber der Nationalismus der SPD war ihrem Antikommunismus, ihrer Treue zur kapitalistischen Ordnung, untergeordnet, und so agierte sie in dieser Periode des ersten antisowjetischen Kalten Krieges hauptsächlich als Agent des US-Imperialismus.

Bezeichnend für die Rolle der SPD als Arbeiterleutnants der Kapitalistenklasse war, dass sie ihren Antikommunismus und Nationalismus in Rhetorik über „soziale Gerechtigkeit“, „Demokratie“ und „Butter statt Kanonen“ verpackte, zum Beispiel in ihrem auf dem Dortmunder Parteitag 1952 verabschiedeten „Aktionsprogramm“:

„Die Sozialdemokratische Partei kennt die tödlichen Gefahren der sowjetischen Politik für ganz Europa. Das Instrument dieser Politik ist heute der Kalte Krieg. Diesen Kalten Krieg muss die freie Welt gewinnen... Die vorge-

sehene deutsche Aufrüstung fördert dieses Ziel nicht; sie gefährdet es, weil sie den wirksamsten Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Kalten Krieg, nämlich die Festigung der demokratischen Widerstandskraft durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit, unmöglich zu machen droht. Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zu den freiheitlichen Auffassungen der demokratischen Völker. Es gibt für sie weder im ganzen noch im einzelnen ein Zusammengehen mit den Hilfstruppen des östlichen Totalitarismus.“ (zitiert nach Manfred Uschner, *Die Ostpolitik der SPD*, Dietz Verlag, Berlin, 1991)

Noch in ihrem „Deutschlandplan“ vom März 1959 wandte sich die SPD auf Basis von deutschem Nationalismus gegen die „Westintegration“. Der Plan sah eine „neutrale Zone“ in Zentraleuropa vor, die weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehörte, als Basis für kapitalistische Wiedervereinigung. Aber ein Jahr später argumentierte dann Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD, für Westintegration und damit gegen die „Neutralitäts“politik. Nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 stellte sich der Westberliner Bürgermeister Willy Brandt an die Spitze der darauffolgenden antikommunistischen Mobilisierungen und wurde so als führender nationalistischer Sprecher der SPD bekannt. Aber Brandt und die SPD waren nicht in der Lage, diese antikommunistische Demagogie in irgendwelche praktischen Schritte in Richtung Konterrevolution umzusetzen. Im Gegenteil, der Bau der Mauer und die Tatsache, dass die anderen Imperialisten die Mauer akzeptierten, zeigte, dass der „Tag X“ – der Tag, an dem die deutsche Bourgeoisie die Errungenschaften des Oktober in der DDR und Polen durch die Kombination eines „Volksaufstands“ und Bundeswehr-Unterstützung zerschlagen wollte – irgendwo in der Zukunft lag und dass man gegenwärtig irgendwie mit der DDR umgehen musste. Wie auch die Kubakrise im Oktober 1962 unterstrich, hatte die Sowjetunion ein Niveau an militärischer Macht erreicht, das die Imperialisten ernst nehmen mussten.

Trotzkisten verteidigten die Berliner Mauer als eine – wenn auch bürokratische – Maßnahme, die die DDR-Wirtschaft schützen sollte; denn die westdeutsche Bourgeoisie wilderte in einer konzertierten Kampagne unter den DDR-Facharbeitern und warb viele ab. Diese Situation hatten die Stalinisten selbst mit herbeigeführt. Sie hatten die vielversprechenden revolutionären Situationen am Ende des Zweiten Weltkrieges abgewürgt, um den Imperialisten ihren Willen zur friedlichen Koexistenz unter Beweis zu stellen: In Jalta im Februar 1944 und später in Potsdam im Sommer 1945 wurde der Großteil Deutschlands den Westalliierten zugesprochen, Griechenland dem Imperialismus preisgegeben und die stalinistisch dominierte Arbeiterbewegung Italiens und Frankreichs zu einer Politik des „nationalen Wiederaufbaus“ des Kapitalismus gezwungen. Dadurch und durch ihre spätere konterrevolutionäre Unterdrückung der Arbeiteraufstände in der DDR 1953, in Ungarn 1956 und in anderen Ländern des Ostblocks zerstörten sie sozialistisches Bewusstsein und trieben die Arbeiter in die Arme der Antikommunisten.

Nach dem Mauerbau 1961 brauchte die SPD eine neue Strategie – und die kam in Form der „neuen Ostpolitik“, ursprünglich von Willy Brandt gemeinsam mit Egon Bahr ausgearbeitet und im Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing vorgestellt. Bahr fasste sie in der Losung „Wandel durch Annäherung“ zusammen. Das grundlegende

nungs“politik gegenüber der Sowjetunion, die der US-Imperialismus als Atempause nach seiner Niederlage in Vietnam brauchte. Der zweite Kalte Krieg, der später unter Reagan noch mehr Fahrt aufnahm, zielte darauf ab, die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Pakts totzurüsten.

Gleichzeitig übernahmen SPD-„Linke“ wie Oskar Lafontaine und Erhard Eppler die Führung der „Friedensbewegung“, die sich in Opposition zum NATO-Doppelbeschluss entwickelte. Aber die „Friedensbewegung“, heutzutage von der gesamten reformistischen Linken glorifiziert und von Mythen umspinnen, richtete sich ebenso gegen die Sowjetunion und deren Atomwaffen. Wie wir damals schon klarmachten, wäre die Sowjetunion ohne Atomwaffen schon lange zuvor von den Imperialisten in radioaktiv verseuchte Trümmerberge verwandelt worden. Diese linken Sozialdemokraten bedienten sich der Furcht von Millionen Menschen über das Gerede der US-Herrscher von einem „gewinnbaren“ Atomkrieg, um die Entwaffnung der Arbeiterstaaten und nationalistische Klassenkollaboration mit den eigenen Imperialisten zu predigen. Eppler wurde mittels der „Friedensbewegung“ zum zentralen Verbindungsglied zwischen evangelischer Kirche und SPD, als die SPD um diese Zeit ihre Kontakte zu kleinbürgerlich-pazifistischen Oppositionsgruppen wie „Schwerter zu Pflugscharen“ in der DDR durch die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) intensivierte. Von Anfang an hatte die EKD eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung und Implementierung der sozialdemokratischen „Ostpolitik“ gespielt; sie forderte z. B. schon 1965 in ihrer „Ostdenkschrift“ die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, um engere Verbindungen nach Osten knüpfen zu können.

In scharfem Gegensatz zu den Arbeitverrättern und den pseudomarxistischen Gruppen, die ihnen hinterherliefen, riefen wir zur militärischen Verteidigung von Sowjetunion und DDR gegen die NATO auf und erklärten: „Der einzige Weg zum Frieden: Zerschlagt den antisowjetischen NATO-Kriegskurs durch proletarische Revolution!“ Wir betonten die Schlüsselrolle einer revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands – politische Revolution im Osten und sozialistische Revolution im Westen – um den imperialistischen Kriegskurs zerschlagen und Europa und die Welt auf sozialistischer Basis reorganisieren zu können: „Die Verteidigung von DDR und Sowjetunion beginnt in Berlin!“

In den frühen 1980ern war der deutsche Nationalismus wieder im Aufstieg begriffen, sowohl in seiner „linken“ Form, wie ihn die von SPD und Grünen dominierte „Frie-

densbewegung“ repräsentierte, als auch in seiner rechten Form – Naziterror gegen Juden, gegen Türken und andere Immigranten, offener Revanchismus. Dies fand oft einen Ausdruck in „Antiamerikanismus“ und Antisowjetismus, mit der Begründung, gegen „beide Supermächte“ zu sein. Einer der wesentlichen Beweggründe der „Friedensbewegung“ sowohl im Osten als auch im Westen war, zu verhindern, dass *Deutschland* zum Schlachtfeld wird. Lafontaine, damals ein aufsteigender Star in der SPD, forderte: „Deutschland raus aus der NATO!“ Das hatte nichts mit Antiimperialismus zu tun, sondern war ein nationalistisches Programm für die deutschen Kapitalisten, ihre Interessen in größerer Distanz zu den USA besser zu verfolgen. Es war eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus, die Lafontaine bis heute propagiert, nun an der Spitze der Linkspartei. In den 1980ern kam dazu auch noch der sozialdemokratische Ruf nach einem „wiedervereinigten neutralen Deutschland“, was einfach ein Deckmantel für eine kapitalistische Restauration im Osten war.

1982 erklärten wir den Hintergrund des Wiederaufstiegs des deutschen Nationalismus und betonten die konterrevolutionäre Gefahr durch die Ostpolitik:

„Mit dem Zusammenbruch von Bretton Woods – dem Weltwährungssystem, das sich auf die Dominanz des US-Imperialismus stützte – und der Niederlage der USA in Vietnam zeigte sich die Veränderung der Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten.

Der japanische und deutsche Imperialismus wurden zu Konkurrenten für den US-Imperialismus. Aber die USA sind immer noch die stärkste *militärische* und ökonomische Macht in der westlichen Welt. Die Entspannungspolitik des US-Imperialismus – nach der Niederlage im Vietnamkrieg Zeit zur Wiederaufrüstung zu gewinnen – bedeutete für die deutschen Kapitalisten etwas anderes. Die deutschen Bankiers wollen *jetzt* keinen dritten Weltkrieg, egal ob mit Nuklearwaffen oder konventionell geführt, weil sie ihn *jetzt* verlieren werden. So trachtet die deutsche Bourgeoisie danach, die Planwirtschaft durch Kredite, Waren und gemeinsame Unternehmen zu unterminieren, und sie gleichzeitig mit bürgerlicher Ideologie in sozialdemokratischen Farben, unterstützt von den korrupten stalinistischen Bürokratien, zu durchdringen.

Die deutsche Bourgeoisie bereitet *ihren* Weg vor, die Arbeiterstaaten zu zerschlagen. Sie baut ihre eigene Atom-bombe und die zweitgrößte Armee in der NATO auf als Vorbereitung, den dritten Weltkrieg zu *gewinnen*.“ („Der unheilvolle Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 11, Winter 1983/84)

Mit der imperialistischen Offensive des zweiten Kalten Kriegs stellte sich für Revolutionäre die „russische Frage“ – Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution 1917 – knallhart. Ende 1979 ging die Rote Armee auf Bitten der linksnationalistischen DVPA-Regierung nach Afghanistan, um den Aufstand islamisch-fundamentalistischer Mudschaheddin zu bekämpfen. Diese revoltierten gegen modernisierende Reformen der DVPA (zum Beispiel Senkung des Brautpreises oder Schulbesuch für Mädchen). Die Imperialisten starteten eine massive Kampagne zur Unterstützung und Bewaffnung der antisowjetischen Mudschaheddin-„Freiheitskämpfer“. Ein paar Jahre später stand Polen im Brennpunkt des Kalten Krieges, wo die antikommunistische, klerikal-reaktionäre Solidarność konterrevolutionär nach der Macht griff. Im Mai 1985 bekräftigten der US-Präsident Ronald Reagan und der deutsche Kanzler Helmut Kohl ihr antisowjetisches Kalte-Kriegs-Bündnis an den Gräbern von SS-Kriegsverbrechern in Bitburg.



Ullstein Bild

DDR-„Friedensbewegung“ forderte Entwaffnung von UdSSR und DDR. Rainer Eppelmann (2. v. l.), später Führer von prokapitalistischer „Bürgerbewegung“, bei Demo 1983 in Ostberlin

Im Gegensatz zur reformistischen Linken wichen wir von der IKL nicht vor der Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten zurück. Zu Afghanistan sagten wir: „Hoch die Rote Armee! Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!“ Wir riefen dazu auf: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność“, und bezogen militärisch Seite, als das polnische stalinistische Regime von General Jaruzelski Ende 1981 eben dies tat. Gleichzeitig warnen wir, dass die stalinistischen Herrscher – die in Polen die Verantwortung dafür trugen, dass die Wirtschaft bankrott und ein großer Teil der historisch prosozialistischen Arbeiterklasse der klerikalen Reaktion in die Arme getrieben worden war – keine verlässliche Garantie für die Verteidigung der Arbeiterstaaten waren. Sie waren durchaus in der Lage, mit der kapitalistischen Reaktion einen Deal zu machen, und 1989 ermöglichte Jaruzelski als Staatspräsident die Übergabe der Macht an Solidarność. Notwendig für die wirksame Bekämpfung der imperialistischen Offensive war eine Politik seitens der Arbeiterstaaten, die internationale Ausweitung der Revolution, besonders auf die imperialistischen Zentren, voranzutreiben. Dies erforderte proletarisch-politische Revolutionen gegen die stalinistischen Regime von Moskau bis Ostberlin, die gegen eine solche Perspektive tödliche Feindschaft hegten und stattdessen „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus predigten, ein reaktionäres utopisches Programm.

Die SPD und die stalinistische Bürokratie

Ein wichtiges Element der Ostpolitik war der Dialog mit den stalinistischen Bürokratien in DDR und Sowjetunion. Vom Standpunkt der SPD und der Bourgeoisie aus war der Sinn dieser Kontakte, die Macht der stalinistischen herrschenden Kaste politisch und ökonomisch zu unterminieren und prokapitalistische Elemente innerhalb der Bürokratie zu ermutigen. Der Verlauf der Entwicklung dieser Dialoge unterstrich das trotzkistische Verständnis der Doppelrolle der stalinistischen Bürokratie, einer widersprüchlichen und parasitären herrschenden *Kaste*, die an der Spitze des Arbeiterstaats thront, aber keine herrschende soziale *Klasse* ist. Wie Trotzki in „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“ sagte: „Wir bezeichnen den Stalinschen Apparat gerade deswegen als *zentristisch*, weil er eine Doppelfunktion erfüllt: *heute*, wo es eine marxistische Führung *nicht mehr* gibt und eine neue *noch nicht* entstanden ist, verteidigt er die proletarische Diktatur mit seinen eigenen Methoden; doch diese Methoden erleichtern einen *künftigen* Sieg des Feindes“ (Oktober 1933).

Als Bahr/Brandts „Neue Ostpolitik“ verkündet wurde, soll der DDR-Außenminister Otto Winzer diese zutreffenderweise als „Konterrevolution auf Filzplätzen“ charakterisiert haben. Nach dem ersten Treffen von Brandt mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph im März 1970 in Erfurt, wo Brandt enthusiastisch von einer Menge gefeiert wurde, sorgte sich auch die Bürokratie in Moskau zunehmend über den Annäherungskurs zwischen DDR und BRD. Nach einem zweiten Treffen in Kassel verhinderte der Sowjet-Chef Breschnjew, dass ein drittes stattfand. Bei einem Treffen mit Erich Honecker, damals Walter Ulbrichts Stellvertreter in der SED, beklagte sich Breschnjew im Juli



Moskau 1970: Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen „Gewaltverzichtsabkommens“ durch SPD-Kanzler Willy Brandt (links) und UdSSR-Ministerpräsidenten Alexej Kossygin (Mitte)

1970: „Was will Walter [Ulbricht] ... mit der ... durch nichts zu beweisenden Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der westdeutschen Sozialdemokratie, was versteht er unter der Forderung, der Brandt-Regierung zu helfen? Es darf zu keinem Prozess der Annäherung zwischen der BRD und der DDR kommen.“ Er erinnerte Honecker: „Wir haben doch Truppen bei Euch. Erich, vergiss das nie: Ohne uns gibt es keine DDR!“ Bei anderer Gelegenheit wies Breschnjew richtigerweise darauf hin, dass Brandt ebenso wie Strauß für die Liquidierung der DDR stehe. Und Honecker selbst äußerte einmal intern folgende Einschätzung: „Wir sind Zeuge eines großangelegten Versuchs, hinter dem Nebel einer großangelegten Reform an Haupt und Gliedern die Bundesrepublik in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus attraktiver zu machen“ (alle Zitate aus Uschner, a. a. O.).

Im Sommer 1970 antwortete Ulbricht auf Breschnjews Einwände: „Wenn wir die Existenz einer unter sozialdemokratischer Führung stehenden Regierung Westdeutschlands nicht maximal ausnutzen, um die friedliche Koexistenz zu erreichen, dann werden uns die Völker das nicht verzeihen, auch nicht das Sowjetvolk.“ Wie groß die Illusionen in die SPD von Brandt und Co. waren, findet auch seinen Ausdruck in dem Buch *Im eigenen Auftrag* des ehemaligen DDR-Spionagechefs Markus Wolf; er schrieb darin, er bedauere Brandts Sturz 1974, der auf die Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume im Bundeskanzleramt folgte. Die SED-Bürokratie um Honecker suchte die Nähe zu Westdeutschland und vertrat teilweise so weitgehend übereinstimmende nationalistische Losungen, dass Moskau sich zeitweise gezwungen sah, dem Techtelmechtel mit Bonn einen Riegel vorzuschieben, wie bei ihrer Absage eines geplanten Besuchs Honeckers bei der Kohl-Regierung 1984.

Der gemeinsame Nenner aller Flügel der Bürokratie war nationaler Konservatismus, das antirevolutionäre stalinistische Programm des „Sozialismus in einem Land“ sowie damit einhergehend „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Das Moskauer Regime hatte mit Bonn und den anderen Imperialisten seine eigenen Verhandlungen laufen, bekam selbst Kredite von den Bankern in Frankfurt, Washington und London, genauso wie die DDR und die anderen deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa. Insbesondere die massiven Schulden bei den Finanzkapitalisten



Spartakist

Berlin, Januar 1990: Banner der Spartakist-Gruppen auf Demonstration zur Ehrung von Liebknecht, Luxemburg, Lenin

erwiesen sich als fatal, als ab 1981 der Ölpreis in den Keller fiel und die Produktivität stagnierte. Der ganze Sinn der „Ostpolitik“ war, Bankkredite und andere Deals anzubieten und so einen konterrevolutionären Keil in die Arbeiterstaaten zu treiben. Wie Bahr im Nachhinein 1990 prahlte: „Es war so angelegt, dass mit jedem weiteren Schritt das Interesse aller Beteiligten an der Fortsetzung wuchs. Honecker konnte von da an gar nicht mehr anders handeln“ (Uschner, a. a. O.).

Nach Kohls Sieg und dem Ende der SPD/FDP-Koalition in den 1980ern sah sich die SPD gezwungen, ihre Ostpolitik auf der Ebene von Parteikontakten mit der SED fortzuführen. Ab Ende 1982 wurden auf Brandts Initiative hin direkte Verbindungen hergestellt. Erhard Eppler wurde von Seiten der SPD damit beauftragt, dies anzuleiten, aber wahrscheinlich war es am Ende Bahr, der diese Politik zum größten Teil bestimmte. Die Bedeutung dieser Kontakte für die SED zeigt sich in der Tatsache, dass es kaum eine SED-Politbüro-Sitzung gab, auf der die Kontakte zur SPD nicht diskutiert wurden. Die Mehrheit der SPD-Führung hatte regelmäßigen formellen oder informellen Kontakt zur SED-Führung.

Diese Kontakte führten zu einer gemeinsamen Erklärung von SPD und SED, „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, die 1987 fertiggestellt wurde. Diese Erklärung war von vorn bis hinten eine krasse Kapitulation vor der SPD und dem Imperialismus und legte den Bankrott des Programms der SED-Stalinisten, des „Sozialismus in einem Land“, bloß. Die SED unterstützte offen die Beschönigung des Imperialismus, den die SPD betrieb, wie die Zwischenüberschriften des Papiers zeigen: „I. Friedenssicherung durch gemeinsame Sicherheit“, „II. Friedlicher Wettbewerb der Gesellschaftssysteme“ usw. Die SPD legte großen Wert auf „die Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Systemen“, sie fühlte sich sicher, dass sie diese Auseinandersetzung mit der verknöcherten stalinistischen Bürokratie gewinnen könnte. Die SPD beschrieb sich selbst in militant prokapitalistischen Tönen als „Teil der westlichen Demokratie“, die sie „notfalls unter Opfern“ verteidigen wollte – was sehr glaubhaft ist, wenn man sich an ihre Stimmabgabe für die imperialistischen Kriegskredite 1914 erinnert, die blutige Unterdrückung der Arbeiterrevolution nach dem Ersten Weltkrieg durch die SPD-Regierung unter Ebert und Noske oder die Unterstützung für Hitlers „Friedensrede“ als Reichskanzler im Mai 1933, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Das Einzige, was die SED als Antwort darauf zustande bekam, war, positiv zu erwähnen, dass „die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum und die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen das Fundament umfassender demokratischer Rechte“ garantiere.

Die SED verpflichtete sich offen dazu, die SPD und den Imperialismus weißzuwaschen, und stimmte zu: „Vermieden

werden muss alles, was die andere Seite als prinzipiell unfriedlich oder zum Frieden unfähig erscheinen lässt.“ Gleichzeitig denunzierte die SPD die „These vom weltrevolutionären Prozess“, die „auf Revolutionsexport hinauslaufe und zur Rechtfertigung sowjetischer Machtansprüche diene“. Die SED akzeptierte dies ohne Protest, was die Schaffung der DDR selbst denunzierte und darauf hinauslief, sich von der Sowjetunion zu distanzieren. Implizit wurde damit die von den Imperialisten geführte Kampagne unterstützt, die Sowjetunion wegen „Menschenrechtsverletzungen“ aufgrund der „Invasion“ Afghanistans usw. zu denunzieren. Natürlich war der ganze Sinn dieser Kampagne, Teile der Bürokratie dazu zu ermutigen, sich für westliche „Demokratie“ zu begeistern und die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten für die ungehinderte Ausbeutung der Arbeiter zu öffnen – letzteres sehen die Kapitalisten als das einzige „Recht“, das ihnen überhaupt was bedeutet. Und ein erster Schritt in Richtung kapitalistischen Ausverkaufs kam nicht viel später, als 1988 der Kreml unter Gorbatschow mit dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan begann. Als Antwort darauf boten wir an, eine internationale Brigade aufzustellen, die gegen die CIA und die Mudschaheddin auf Leben und Tod kämpft, und wir prangerten den Rückzug als Verrat an – an den afghanischen Frauen und Linken und an der Verteidigung der Sowjetunion.

Im Juli 2007 veröffentlichten die stalinistischen Überbleibsel in der Kommunistischen Plattform (KPF) der LINKEN eine Apologie für das SED/SPD-Papier, geschrieben von Prof. Dr. Erich Hahn, der seitens der SED daran beteiligt gewesen war, dieses Papier zu entwerfen. Unter der Überschrift „SED/SPD-Papier 1987 – Chance oder Kapitulationsvorbereitung?“ argumentiert Hahn (und die KPF stimmt offenbar zu), dass es „ein sinnvoller Kompromiss“ war. Hahn zufolge stellte Honecker persönlich sicher, dass das Papier angenommen wurde. Hahns zentrales Argument zur Verteidigung dieser Kapitulation bringt auf den Punkt, wie die Stalinisten internationale Revolution und Klassenkampf zugunsten der Utopie einer „friedlichen Koexistenz“ zurückweisen:

„Spätestens zu diesem Zeitpunkt [1983/84] war es klar, dass ein revolutionärer Aufbruch in den entwickelten kapitalistischen Ländern und ein rascher Zusammenbruch der imperialistischen Herrschaft nicht auf der Tagesordnung stand. Die einzig realistische Perspektive war die längerfristige Koexistenz beider Systeme, in der sich zu erweisen hatte, welche Seite es besser vermag, die objektiven Erfordernisse des Friedens und des Fortschritts in der gegenwärtigen Etappe der Menschheitsentwicklung zu realisieren. Es ging darum, Formen zu finden, die dem epochalen Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus eine Bewegung verleihen, die nicht in einem Kernwaffenkrieg mündet.“

Das trojanische Pferd rollt: Die SPD in der DDR 1989/90

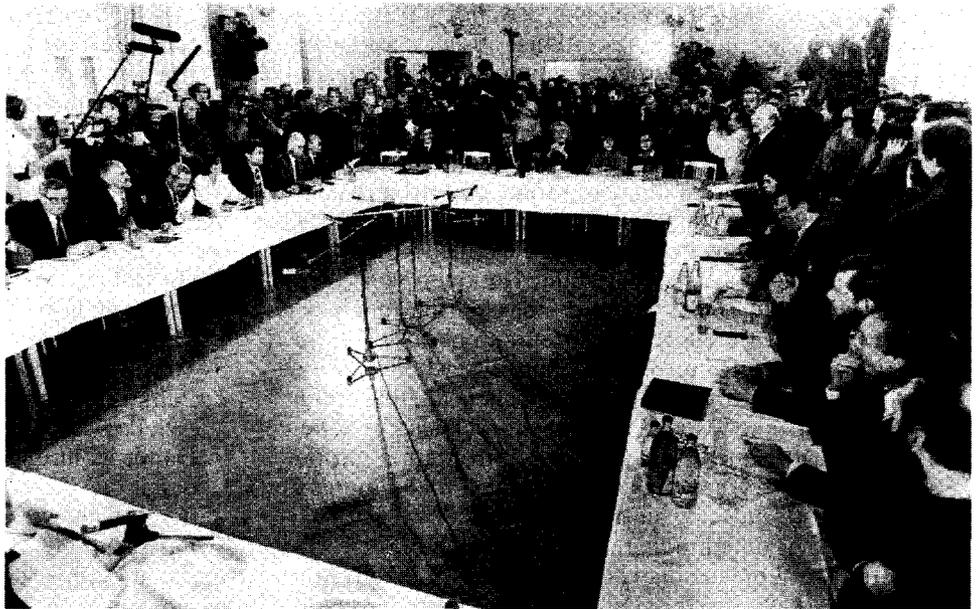
Während die SPD in den 1980ern Diskussionen mit der SED führte, knüpften eine Reihe führender SPD-Politiker Kontakte zu Oppositionsgruppen hauptsächlich in und um die Evangelische Kirche. Im Juni 1988 beklagte der frühere SPD-Kanzler Schmidt anlässlich einer Rede beim Protestantischen Kirchentag in Rostock die Teilung Deutschlands, forderte die DDR-Führung offen auf, Reisen zu vereinfachen, und bezog sich positiv auf Gorbatschow. 1988 erklärte Karsten Voigt die Beziehung zwischen den zwei Aspekten der SPD-Ostpolitik – Abrüstung/Entspannung und „Freiheitsrechte“, d.h. Konterrevolution – wie folgt: „Reformpolitik ist der Versuch, prinzipielle Zielsetzungen in einzelnen Schritten zu erreichen... Unsere abrüstungspolitischen Gespräche mit den regierenden kommunistischen Parteien

aus den Staaten des Warschauer Vertrages dienen dem Frieden. Aber sie konnten und können die Freiheitsfrage nicht im Sinne des sozialdemokratischen Verständnisses von Freiheit lösen. Dies heißt nicht, dass wir in unserer Entspannungspolitik die Freiheitsfrage ausblenden. Mit unserer Entspannungspolitik wollen wir auch die Voraussetzungen für die Entfaltung von Freiheitsrechten verbessern“ (Uschner, a. a. O.).

Dies war die Bedeutung des scheinbaren Widerspruchs zwischen den zwei Aspekten der SPD-Politik, zwischen dem NATO-Doppelbeschluss einerseits und den Abrüstungsdiskussionen andererseits, zwischen Kontakten mit antisowjetischen Oppositionsgruppen und mit der SED. Sie ergänzten einander mit dem Ziel, die DDR und die Sowjetunion auf die „demokratische“ Konterrevolution vorzubereiten. Nachdem die Gesellschaft der DDR 1989 zu explodieren anfang, führte dies zu verstärkter Polarisierung innerhalb der Partei, welcher Aspekt in den Vordergrund zu stellen war.

Ein früher Hinweis dieser Polarisierungen war die Reaktion der SPD-Führung auf die Initiative für die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Nachdem Ende August 1989 ein Aufruf zur Parteigründung zirkulierte, wurde die SDP am 7. Oktober in einem Kirchengebäude nahe Berlin gegründet. Das angenommene Programm war offen konterrevolutionär, es forderte eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie ... Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung ... parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität [und die] soziale Marktwirtschaft“ (Sturm, a. a. O.). Anders als die meisten oppositionellen Gruppierungen der kleinbürgerlichen „Bürgerbewegung“ versuchte die SDP noch nicht mal, ihre konterrevolutionären Bestrebungen mit der Fassade zu bemänteln, eine „Reform“ der DDR zu verlangen. Den SDP-Gründern, überwiegend evangelische Geistliche, war sogar der Begriff „demokratischer Sozialismus“ oder der Gruß „Genossen“ zuwider, was doch eigentlich das tägliche Brot für Sozialdemokraten ist, um vor den Arbeitern ihre konterrevolutionären Ziele zu verschleiern.

Während der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel darauf drängte, die SDP sofort anzuerkennen und sie aggressiv zu unterstützen, um den Druck auf die zerfallende DDR-Bürokratie zu erhöhen, war insbesondere Egon Bahr skeptisch, ob dies ein geeignetes Vehikel für die Konterrevolution sei und ob es nicht die SED-Spitzen unnötig provozieren würde. Tatsächlich hatten die Pfarrer, die die SDP gründeten, ganz bewusst nicht den Namen „SPD“ gewählt, und dies war größtenteils ein Stinkefinger gegen die SPD-Führung, deren Kontakte mit der SED diese glühenden Antikommunisten völlig ablehnten. Später sabotierten sie aktiv Versuche, rechte Abspaltungen von der SED dazu zu kriegen, sich der Sozialdemokratie im Osten anzuschließen. Tatsächlich bestätigten sich Bahrs Besorgnisse, und der SPD gelang es nie, in der Arbeiterklasse im Osten Fuß zu fassen, sie ist bis heute dort hauptsächlich eine Partei von Geistlichen und fanatischen Anti-DDR-Hexenjägern geblieben. Dies eröffnete der PDS das Feld, sich in den 1990er-Jahren als die zweite Sozialdemokratie in einem kapitalistisch wiedervereinigten Deutschland zu etablieren. Heute, 20 Jahre später mit Lafontaine in der LINKEN vereint, sind sie es, die den Mantel der SPD-Ostpolitik und den „Wandel durch Annäherung“ für sich reklamieren.



Paul Glaser

Berlin, Winter 1989/90: „Runder Tisch“ diente als Stützpunkt für Sozialdemokratische Partei und andere konterrevolutionäre Kräfte in der DDR

Die Kontroversen innerhalb der SPD wuchsen, als sich die Entwicklungen in der DDR beschleunigten. Nachdem am 9. November die Berliner Mauer geöffnet worden war, eilten Brandt und Vogel am nächsten Tag nach Berlin, um aggressiv Nationalismus und kapitalistische Wiedervereinigung durchzudrücken. Brandt war ganz in seinem Element, und sein berühmter Satz während seines Berlin-Besuchs – „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“ – wurde als Beweis gesehen, dass er Kohl im Wettrennen, die Speerspitze des großdeutschen Nationalismus in der DDR zu sein, dicke geschlagen hatte. Als Kohl ungefähr einen Monat später sein Zehn-Punkte-Programm für kapitalistische Wiedervereinigung ankündigte, versicherten Vogel und Voigt sofort ihre loyale Unterstützung für Kohls Programm und Regierung im Namen der „nationalen Einheit“. Ab Dezember 1989 starteten Brandt und Kohl einen Blitzkrieg öffentlicher Auftritte in der DDR. Besonders in Städten im Süden wie Leipzig wurden sie von zunehmend nationalistischeren Menschenmassen begrüßt, darunter Nazis, von einem Meer deutscher Fahnen und Rufen von „Deutschland, einig Vaterland!“

Brandts aggressiv nationalistischer Kurs rief unter SPD-„Linken“ Alarm hervor. In einer Präsidiumssitzung am 6. November 1989 hatte Lafontaine sich gegen das Gerede

Bestellt!

Spartakist-Extrablatt

4. April 2000

€ 0,25

Spartacist Nr. 15
dt. Ausgabe, Frühjahr 1993

€ 1,-

Zu beziehen über die Verlagsanschrift



von Einheit und Wiedervereinigung gewandt; er argumentierte, die SPD sei „immer international ausgerichtet gewesen. Deshalb sei die Wiederherstellung eines Nationalstaates auch nicht unser Ziel, zumal der Prozess insgesamt auf internationale Mechanismen in einer Weltgesellschaft hinauslaufe.“ Andere Parteilinke wie Jusoführerin Susi Möbbeck argumentierten ähnlich; Möbbeck wird im Protokoll der SPD-Parteivorstandssitzung vom 30. Oktober 1989 zitiert: „Mit dem Begriff Nation könne sie nichts anfangen. Priorität hätten für sie die Vereinten Nationen von Europa... Das Beste für unser Land sei das Fortbestehen der Zweistaatlichkeit. Einem reformierten demokratischen Sozialismus in der DDR müsse eine Chance gegeben werden“ (zitiert in Sturm, a. a. O.). Auf der gleichen Sitzung traten andere SPD-„Linke“ wie Eppler nachdrücklich für einen nationalistischen Kurs einer offenen Konfrontation mit der SED ein; Eppler bezog sich dabei auf seine antikommunistische Tirade im Bundestag am 17. Juni 1989.

Möbbecks Argumente waren typisch für die Sorte von „Status-quo“-Politik, die man bei vielen SPD-„Linken“ fand und auch innerhalb der „Friedensbewegung“ und der pseudo-sozialistischen westdeutschen Linken, in der Hinsicht, dass sie davon Abstand nahmen, offen die Konterrevolution zu unterstützen. Grundlegend diene diese Politik dazu, die Arbeiterklasse und Linke mit Illusionen in die Möglichkeit einer „friedlichen“ und „stabilen“ Entwicklung im Rahmen des Kapitalismus zu betrügen. Gleichzeitig wurde die Lüge der „Kollektivschuld“ propagiert, um die deutsche Arbeiterklasse – aufgelöst in die klassenlose „Nation“ – für die Verbrechen der Bourgeoisie von Auschwitz anzuklagen. Gegen dieses utopische kleinbürgerliche Programm, das einzig die *Gegner* des Imperialismus entwoffnete, kämpften wir Trotz-kisten für die Perspektive der revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Lafontaine, SPD-Kanzlerkandidat bei den dann folgenden Wahlen, stellte sich im Wesentlichen gegen den Rest der Parteiführung. Er forderte zum Beispiel, die sozialen Anreize abzuschaffen, die eine Emigration in den Westen ermutigen sollten, und stattdessen Geld in der DDR zu investieren. Lafontaine bevorzugte eine langsamere kapitalistische Wiedervereinigung. In einem *Spiegel*-Interview antwortete Lafontaine auf die Frage, ob es Themen gäbe, die bei den Wahlen 1990 besser ankämen als „Deutschland einig Vaterland!“. „Ja. Die Beseitigung der Wohnungsnot bei uns und in der DDR, die Verringerung der Arbeitslosigkeit bei uns und in der DDR, die Verbesserung der Situation der Familien bei uns und in der DDR – das sind Themen, die für mich allemal größere Zugkraft haben als Fahnen und Lieder“ (*Spiegel*, 25. Dezember 1989). Die Atmosphäre in der SPD-Führung gegenüber Lafontaine wurde als sehr eisig beschrieben, und ein SPD-Führer aus dem Ruhrgebiet klagte über Lafontaine: „Wir haben uns jahrzehntelang wegen unserer Ostpolitik prügeln lassen, und jetzt erwecken wir bei den Bürgern den Eindruck, als ob wir Angst vor der Wiedervereinigung hätten“ (*Spiegel*, 18. Dezember 1989).

Gleichzeitig betrieb Lafontaine in seiner Wahlkampagne stark chauvinistische Demagogie gegen Sozialleistungen für „Übersiedler“ aus der DDR ebenso wie für Immigranten aus anderen Ländern. Im Sommer 1990 stand er an vorderster Front, als im Saarland eine Pogrom-Atmosphäre gegen Roma und Sinti hochgepeitscht wurde. Beide Kampagnen waren offen darauf ausgerichtet, Stimmen der faschistischen Republikaner zu erlangen. Chauvinistischer Protektionismus ist bis heute ein Kennzeichen des Reformismus Marke Lafontaine – von seiner Rolle in der rassistischen Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts Anfang der 1990er-Jahre, die begleitet wurde von Nazipogromen von Rostock bis Hoyerswerda, bis zu seiner reaktionären Hetze gegen „Fremdarbei-

ter“ in der Bundestagswahlkampagne 2005.

Laut Sturms *Uneinig in die Einheit* fand Lafontaines Linie – Opposition gegen den Nationalismus von Brandt und gegen eine schnelle Wiedervereinigung – Resonanz in der Mitgliedschaft der SPD. Brandt wurde wegen seines Status als „Parteilegende“ nicht direkt angegriffen, sondern die Ablehnung seiner nationalistischen Linie richtete sich gegen Vogel, zum Beispiel in einem im SPD-Unterbezirk Hannover verteilten Flugblatt:

„SPD-Parteitag: ... Wiederbegegnung ist süß – Wiedervereinigung ist bitter! Auch in der SPD macht sich die Vereinigungslust breit. Wir haben unsere Lust dagegen: Sozialis-Muss! Kohl gibt den Ton an mit seinem 10-Punkte-Programm, Vogel pariert und ist auch für die ‚Wiedervereinigung‘ und den Ausverkauf der DDR... Damit Kohl nicht weiterhin in der SPD den Ton angibt, damit die Vögel nicht weiter Höhenflüge Richtung ‚Wiedervereinigung‘ und Abflüge Richtung Ausverkauf nicht nur der DDR, sondern auch des Sozialismus und eines sozial-ökologischen Umbaus unternehmen, fahren wir am 18.12. nach Berlin. Nicht die Vögel sind die Partei, sondern wir!“

Es gibt Hinweise darauf, dass das Gerede über kapitalistische Wiedervereinigung mit einer Menge Unbehagen in der Arbeiterbasis der SPD sowie in den Gewerkschaften aufgenommen wurde. Auf einer gewissen Ebene spiegelte dies das Verständnis wider, dass die sozialen Errungenschaften in der DDR auch Errungenschaften für die Arbeiter im Westen darstellten. Franz Steinkühler, damals Chef der IG Metall, zeigte sich laut *Spiegel* (26. November 1990) überrascht darüber, „wie schnell in den Betrieben das Unbehagen über Oskars Alleingänge verschwunden ist“. Lafontaines Distanzierung von Brandts nationalistischem Kurs in Richtung schneller Wiedervereinigung, seine Appelle für eine langsame Wiedervereinigung, um eine Überlastung der westlichen Sozialsysteme zu vermeiden, waren sowohl ein deformierter Ausdruck solchen Unbehagens innerhalb der Arbeiterklasse im Westen als auch ein Mittel, um solche Besorgnisse zu beschwichtigen und vor allem um Klassenkampf zu verhindern. Als der IG-Metall-Tarifvertrag auslief und im Januar 1990 Streiks anstanden, wurde sehr schnell eine große Lohnerhöhung ausgehandelt. Die Bosse und die SPD-Spitzen waren sehr bewusst dabei, um jeden Preis den Ausbruch von Klassenkampf im Westen zu dieser Zeit zu verhindern; sie fürchteten den Einfluss, den dieser auf die Arbeiterklasse in der DDR haben könnte. Die Polarisierung in der SPD 1989/90 deutete an, wie diese Partei unter der Wucht einer siegreichen proletarisch-politischen Revolution in der DDR entlang der Klassenlinie hätte gespalten werden können.

Lafontaines Rolle war die des linken Gesichts der sozialdemokratischen Kampagne für die kapitalistische Wiedervereinigung, auch wenn die anderen Führer der SPD ihm dafür nicht sehr dankbar waren. Viele von ihnen haben ihm bis heute nicht vergeben, wie skeptisch er über die nationalistische Orgie war, die sie zusammen mit Kohl durchzogen. Dabei hielt er Leute, die sich als „Internationalisten“ sahen, innerhalb des Rahmens der Sozialdemokratie, Leute, die die nationalistischen Exzesse der Ost-SPD und von Brandt abschreckten. Mit seinen Warnungen vor den Ergebnissen einer schnellen Konterrevolution sprach er die Angst derjenigen an, die in der DDR etwas Positives sahen, das nicht zerstört werden sollte, er gab diesen Leuten den Eindruck, er sei irgendwie auf ihrer Seite. Er war auch die Person, die die potenziellen linken Dissidenten und große Teile der Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie band. In dieser Funktion verkörperte er in viel gefährlicherer Form als Brandt und Co. das Trojanische Pferd der Konterrevolution.

Daniel Sturms Buch *Uneinig in die Einheit* repräsentiert

die rechte Kritik an Lafontaine, wirft ihm und anderen SPD-Führern vor, angesichts einer großartigen konterrevolutionären Öffnung in Panik verfallen zu sein, und stellt dem positiv die „dynamische“ Rolle Willy Brandts entgegen. Diese Einschätzung basiert vollständig auf den bürgerlichen Mythen über 1989/90, die die Ergebnisse der Volkskammerwahlen vom März 1990 schon rückblickend in der Geschichte als gegeben behaupten, um das Bild eines unaufhaltsamen Marsches in Richtung kapitalistischer Wiedervereinigung zu zeichnen. Es ist keine Überraschung, dass das Buch eines bürgerlichen Akademikers – der hauptsächlich das Triumphgeheul vom „Tod des Kommunismus“ in der nachsowjetischen Periode weiterzuverbreiten versucht – die Massenproteste von manchmal Hunderttausenden im Herbst und Winter 1989 einfach ignoriert, in denen prosozialistische Losungen wie „Für kommunistische Ideale!“ hervorstachen und wo es eine Stimmung *gegen* eine Wiedervereinigung gab.

Der Protest, der am eindeutigsten den Willen eines Teils der DDR-Arbeiterklasse und vieler SED-PDS-Mitglieder demonstrierte, gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für die Verteidigung der Sowjetunion zu kämpfen, fand am 3. Januar 1990 in Berlin-Treptow statt. Als Antwort auf die Initiative, die von uns Spartakisten ausging und die von der SED-PDS unter dem Druck ihrer Basis aufgegriffen wurde, kamen 250.000 auf die Straße gegen die Nazischändung des Treptower Ehrenmals für die sowjetischen Soldaten, die bei der Befreiung Deutschlands von den Nazis gefallen waren. Es war eine machtvolle antifaschistische, prosovietische Demonstration zur Verteidigung des Arbeiterstaats DDR. Dies trieb die Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Handlanger zur Weißglut, und sie starteten als Antwort eine massive antikommunistische Kampagne, um organisierten Arbeiterwiderstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung im Keim zu ersticken. Bei einer Sitzung des „Runden Tisches“ unmittelbar nach der Treptow-Demonstration startete der SDP-Führer Markus Meckel eine Tirade dagegen. Dabei bezog er sich auf unseren trotzkistischen Aufruf zur Demonstration, in dem wir vor den Sozialdemokraten als dem „Trojanischen Pferd der Konterrevolution“ warnten.

Treptow erschreckte auch die stalinistischen Bürokraten zutiefst, und Gorbatschow wies 10 Jahre später auf den 3. Januar 1990 hin als den Zeitpunkt, als die Gefahr von „Chaos“, d. h. proletarisch-politischer Revolution, wuchs. Das habe ihn und die Moskauer Bürokratie dazu gebracht, dass „wir ... unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert“ haben. Ende Januar gab Gorbatschow grünes Licht für eine schnelle Wiedervereinigung, und die SED-PDS-Führung griff dies mit Modrows Parole „Deutschland, einig Vaterland“ auf. Gysi und die SED-PDS-Führung verteidigten zunächst die Treptow-Demonstration gegen Meckels Beschimpfung, aber dann knickten sie ein und denunzierten sie als „Fehler“. Am Ende waren es nur wir Spartakisten, die gegen den Ausverkauf der DDR kämpften. Wir kandidierten bei den Volkskammerwahlen auf der klaren Basis „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“.

Auf der anderen Seite standen nicht nur die verschie-



Spartakist

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Über 250.000 Menschen auf prosovietischer, antifaschistischer Einheitsfrontdemonstration

denen Flügel der SPD, sondern auch die überwältigende Mehrheit der pseudomarxistischen Linken in Deutschland, die politisch der SPD-„Linken“ hinterherliefen oder es sogar schafften, sie in der Unterstützung für die kapitalistische Wiedervereinigung rechts zu überholen. Zum Beispiel riefen die Vorläufer der Sozialistischen Alternative (SAV), die damals in der SPD vergraben waren, „SPD in die Offensive!“. Oder die Gruppe Arbeitermacht forderte den sofortigen Abzug der Roten Armee aus der DDR. Eine andere Gruppe, Vorläufer der sogenannten „Bolschewistischen Tendenz“, verbrachte die meiste Zeit in der DDR damit, die IKL als „Bürokraten“ zu verleumden und uns dafür zu denunzieren, dass wir ein anderes Ergebnis als Konterrevolution und Niederlage überhaupt für möglich hielten. Die wirklichen politischen Gelüste dieses dubiosen Grüppchens, insoweit es überhaupt von Politik angetrieben wird, zeigen sich in seinem grotesken Vorschlag, wir hätten die SPD einladen sollen, bei der Treptower Demonstration zu reden. In Wirklichkeit war die Politik der SPD/SDP um 180 Grad dem politischen Zweck der prosozialistischen, prosovietischen Treptower Demo entgegengesetzt.

Ungeachtet ihrer politischen Unterschiede hatten all diese Gruppen grundlegend eins gemeinsam: ein Programm der „Einheit“ mit der Sozialdemokratie und daher mit den Kräften der Konterrevolution. Heute firmiert dies häufig unter der Überschrift „Einheit der Linken“, und der politische Zweck dieser Gruppen dreht sich um den Aufbau der „Einheit“ der Linkspartei mit Lafontaine ebenso wie mit den früheren PDS-Führern wie Gysi, die durch den Ausverkauf der DDR ihre Karriere machten. Unsere Position ist dem diametral entgegengesetzt: Wir kämpften damals ebenso wie heute für eine politische und organisatorische *Spaltung* der fortgeschrittenen, klassenbewussten Arbeiter vom sozialdemokratischen Reformismus und für die Schmiedung einer revolutionären bolschewistischen Partei in der wirklichen Tradition Lenins, Luxemburgs und Liebknechts. Diese Partei ist das unabdingbare Instrument für die Arbeiterklasse, damit sie ihre revolutionäre, historische Aufgabe erfüllen kann, die kapitalistische Herrschaft zu zerschlagen und eine auf internationaler Planwirtschaft basierende klassenlose Gesellschaft aufzubauen, in der die Produktivkräfte und der von Menschen erzeugte Reichtum im Dienste aller Menschen rational eingesetzt werden wird. ■



John Harris/IFL

Links: Führer der US-Fluglotsengewerkschaft PATCO werden während Streik 1981 in Ketten abgeführt. Oben: Bullen greifen Streikposten im britischen Bergarbeiterstreik an, September 1984

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 1

ohne Erfolg. Es zeigte sich, dass der Fonds-Manager eine Schwäche hatte – eine klischeehafte Vorliebe für sehr große, langbeinige, blauäugige, blonde Frauen. Die Bank nahm an, dass die Frau nicht Japanerin sein müsste.

Eine weltweite Suche wurde aufgenommen und die Personalabteilung hat hervorragend gearbeitet. Die Bank fand eine stereotype skandinavische Frau, die auf den Fonds-Manager angesetzt wurde. Die Frau – bitte nicht lachen – hieß Ulrika. Sie war klug, angenehm und effizient, aber es gab da ein Problem – sie hatte keine Ahnung von Derivaten. Sie kam aus dem Kosmetikbereich. Die Bank stellte sie trotzdem ein, in der korrekten Annahme, dass der Fonds-Manager sich nicht so sehr für ihre Derivate interessieren würde.“ [übersetzt aus dem Englischen]

Als Marxist beeindruckte mich beim Lesen dieses Buches besonders, dass überhaupt nicht angesprochen wird, wie das gesellschaftliche Produkt zwischen Löhnen und Profiten, oder allgemeiner, zwischen Löhnen und dem Mehrwert samt Grundrente und Zinsen aufgeteilt wird. Das gesamte Buch konzentrierte sich auf die Aufteilung des Mehrwerts unter Finanzkapitalisten und Nicht-Finanzkapitalisten und zwischen konkurrierenden Gruppen von Finanzkapitalisten. Es zeigte, dass Kapitalisten meist darauf aus sind, sich gegenseitig so gut es geht abzuzocken. Der politisch ausschlaggebende Teil der Bourgeoisie wird seine unmittelbaren Eigeninteressen nur dann dem unterordnen, was er als das umfassendere, langfristige Interesse seiner Klasse versteht, wenn er sich durch die Arbeiterklasse von unten oder durch feind-

liche Staaten von außen genügend bedroht fühlt. Und wenn nicht, ist es eine Hobbes'sche Welt nach dem Motto: Jeder gegen jeden.

Ende der wirtschaftlichen Vorherrschaft der USA nach dem Zweiten Weltkrieg

Lasst uns das im Kopf behalten, während wir einen schematischen Blick auf die Nachkriegsgeschichte der kapitalistischen Wirtschaft Amerikas werfen. In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg dominierten die USA den Weltmarkt an Industrieprodukten. Sie hatten durchgehend sehr große Überschüsse in der Handelsbilanz mit fast allen anderen kapitalistischen Ländern. Mitte der

60er-Jahre jedoch hatten Westdeutschland und Japan ihre Wirtschaft wieder aufgebaut und modernisiert, so dass sie effektiv mit den USA auf dem Weltmarkt und auch auf dem Binnenmarkt der USA konkurrieren konnten. Also kehrte sich der Fluss der Handelswerte um. Die USA begannen in der Handelsbilanz große Defizite aufzuweisen.

Innerhalb von ein paar Jahren zerstörte diese Umkehrung das internationale Währungssystem der Nachkriegszeit, das auf einer Konferenz in Bretton Woods, New Hampshire, 1944 etabliert worden war. Man nannte das den Gold-Dollar-Standard. Die Währungen der wichtigsten kapitalistischen Länder wurden für lange Zeit gegeneinander festgesetzt und durch den Dollar verankert. Washington versprach – und die Betonung liegt hierbei auf „versprach“ –, dass andere Regierungen alle Dollars, die sie hatten, bei einem Kurs von 35 Dollar pro Unze ungehindert gegen Gold eintauschen könnten.

Zu Beginn der 1970er-Jahre war das objektiv nicht mehr möglich. Bei 35 Dollar pro Unze überstieg der Dollarbesitz fremder Zentralbanken den Goldvorrat der USA beträchtlich. Die französische



Extrablatt des Workers Vanguard vom März 1984 unterstreicht die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Strategie für die Arbeiterbewegung: „Arbeiter müssen mit harten Bandagen kämpfen, um zu gewinnen!“

Regierung unter Charles de Gaulle, der sich an der amerikanischen internationalen Dominanz stieß und danach trachtete, die „Herrlichkeit“ Frankreichs wiederherzustellen, begann ihre Dollarvorräte gegen Gold einzutauschen. Also schloss US-Präsident Nixon im August 1971 das „Goldfenster“, und setzte der Umtauschbarkeit des Dollars in eine universelle Ware spezifischen (Arbeits-) Werts ein Ende. Nach ein paar wirkungslosen internationalen Konferenzen war das Ergebnis ein Nicht-System von fluktuierenden Wechselkursen. Seitdem sind Währungswechselkurse von Marktbedingungen bestimmt, durch gelegentliche Regierungsinterventionen angepasst. Ich gehe darauf ein, weil das System fluktuierender Wechselkurse zwei langfristige Konsequenzen hatte, die der jetzigen Finanzkrise zugrunde liegen.

Erstens: Dadurch entstand bei allen internationalen Finanztransaktionen, insbesondere langfristigen Finanztransaktionen, ein großes neues Element von Unsicherheit, das heißt Verlustrisiko. Folglich wurden Wechselkurse zu einem Hauptschauplatz von Finanzspekulationen. Ein großer Teil von Das' Buch über Derivat Handel behandelt das Hedging gegenüber Wechselkursschwankungen und das Spekulieren auf solche Veränderungen.

Zweitens: Durch das Auflösen der Koppelung von Dollar und Gold war der amerikanische Kapitalismus sowohl auf der unternehmerischen als auch auf der Regierungsebene in der Lage, seine Auslandsschulden massiv zu erhöhen. Die einzige Obergrenze war die Bereitschaft fremder Regierungen und Investoren, Dollar-Anleihen zu halten. Gemessen am Stand von 1971 ist der Dollar heute nur etwa 20 Cent wert. Dieser Aspekt der aktuellen Weltkrise wurde kürzlich in einem Kommentar von Richard Duncan in der Londoner *Financial Times* (24. November 2008) unterstrichen:

„Als Richard Nixon 1971 das Internationale Währungssystem von Bretton Woods zerstörte, indem er das ‚Goldfenster‘ bei der Zentralbank schloss, kappte er die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold. Es folgte ein schwindelerregendes Ausufernd immer zweifelhafterer Kreditinstrumente, ausgedrückt in einer abgewerteten Währung. Das krassste und tödlichste Beispiel dieses Wahnsinns ist das Wachstum des unregulierten Derivat-Marktes, der sich zu einer Größe von 600 000 Milliarden Dollar aufgeblasen hat, was fast 100 000 Dollar pro Person auf der Erde entspräche.“

Die Erhöhung der Ausbeutungsrate

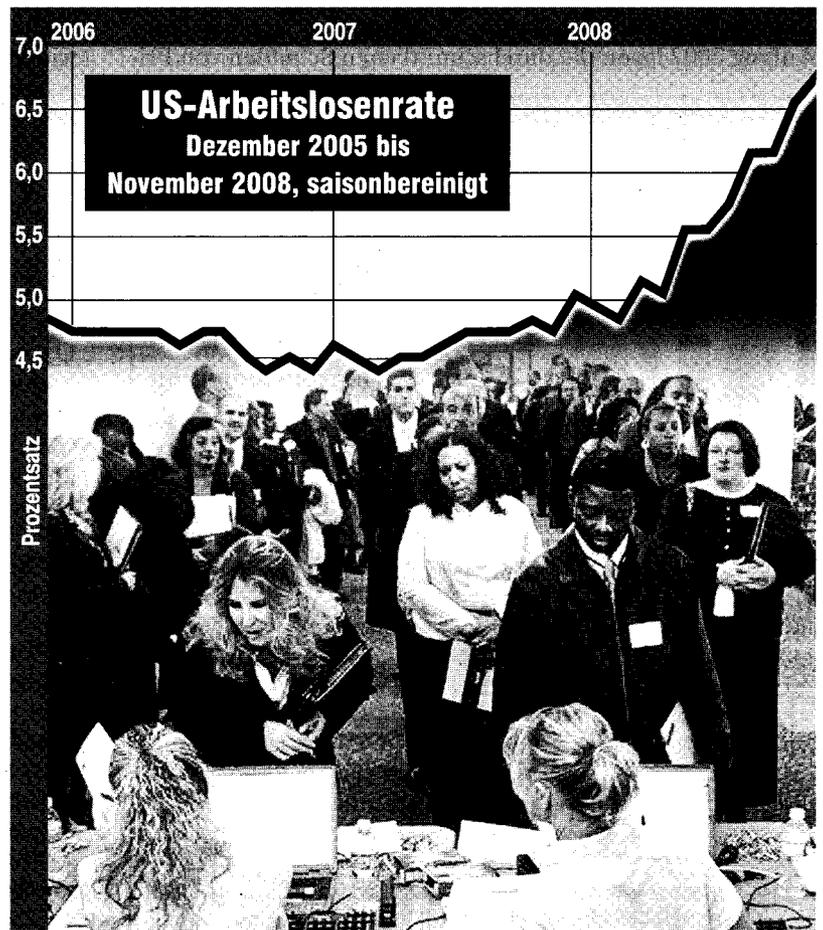
In den Jahren 1974/75 gab es eine erhebliche, sehr abrupte Flaute der Weltwirtschaft. Obwohl sie nicht lange anhielt, hatte sie insbesondere in den USA wichtige Konsequenzen. Nach diesem Wirtschaftsabschwung versuchte die amerikanische Kapitalistenklasse gezielt, die Ausbeutungsrate des Proletariats – also das Verhältnis des Mehrwerts zu den Löhnen – zu erhöhen. Sie forderten von der Gewerkschaftsbürokratie Ausverkaufsverträge und Zwei-Stufen-Löhne und bekamen sie auch. Sie verlagerten Produktionsstandorte vom gewerkschaftlich organisierten Nordosten und Mittleren Westen in den nicht organisierten Süden und Südwesten und in Niedriglohnländer in Lateinamerika und Asien.

Diese arbeiterfeindliche Offensive wurde unter Präsident Jimmy Carter vom rechten Flügel der Demokraten begonnen und unter dem noch rechteren republikanischen Präsidenten Ronald Reagan verschärft. Den Auftakt gaben die Zerschlagung des PATCO-Fluglotsenstreiks 1981 sowie die darauf folgenden Angriffe auf die Gewerkschaften

während des Greyhound-Streiks und anderer Streiks. Wir wiesen damals darauf hin, dass die Arbeiterbewegung die Offensive der Kapitalisten zurückschlagen muss, insbesondere in dem Artikel „Labor's Gotta Play Hardball to Win“ [Arbeiter müssen mit harten Bandagen kämpfen, um zu gewinnen] (*Workers Vanguard* Nr. 349, 2. März 1984). Dass die Arbeiter nicht nach den Regeln der Bosse spielen können, wie wir im „Hardball“-Artikel sagten, behält auch für die heutige Arbeiterbewegung der USA seine volle Gültigkeit.

Nun möchte ich einen Aspekt der arbeiterfeindlichen Offensive der frühen/mittleren 1980er-Jahre hervorheben, der damals noch nicht so offensichtlich war. Der Einfluss des Monetarismus und der Finanz-„Deregulierung“ als Doktrin und Politik in Reagans Amerika und auch in Thatchers Britannien basierte zum Teil auf der Lähmung der Arbeiterbewegung und war davon beeinflusst. In Britannien bedeutete die Niederlage des Bergarbeiterstreiks von 1984/85 die entscheidende Verschiebung nach rechts im Verhältnis der Klassenkräfte. Genossin McDonald hob in ihrer kürzlichen Notiz über den Einfluss der Wirtschaftskrise in Britannien hervor, dass die Thatcher-Regierung 1986 die City of London [das Banken- und Börsenviertel] „deregulierte“. Es war, wie man sagt, kein Zufall, dass die Entfesselung des spekulativen Finanzkapitals in Britannien der Niederlage des Bergarbeiterstreiks direkt auf den Fuß folgte.

In den USA gab es in den 1980er-Jahren, von Liberalen oft als „Jahrzehnt der Gier“ bezeichnet, eine massive Umverteilung des Einkommens nach oben, verbunden mit einem massiven Anstieg der Auslandsverschuldung der USA. Die Reagan-Regierung senkte die Steuern für Reiche, während sie die Militärausgaben im eskalierenden zweiten Kalten Krieg gegen die Sowjetunion gewaltig ausweitete.



Steigende Arbeitslosigkeit: Hunderte stehen Schlange bei Jobbörse in Delaware. Offizielle Arbeitslosigkeit in den USA lag im Januar bei 7,6 Prozent und dürfte weiter steigen

Um das resultierende große Haushaltsloch zu stopfen, wurde ein großer Teil der neu ausgegebenen Staatsanleihen im Ausland verkauft, hauptsächlich an die Japaner. Innerhalb eines Zeitraumes von zwei oder drei Jahren wurden die USA von der weltgrößten Gläubigernation zur weltgrößten Schuldneration.

Die Umverteilung des Einkommens nach oben und die zunehmende Auslandsverschuldung der USA waren eng verbunden mit der Deindustrialisierung Amerikas. Große Teile des Mittleren Westens wurden „Rostgürtel“ genannt. Mitte der 1960er-Jahre hatte die Industrie einen Anteil von 27 Prozent am US-Bruttoinlandsprodukt und beschäftigte 24 Prozent der Arbeitskräfte. Anfang der 2000er-Jahre hatte sich der Anteil der Industrieproduktion auf 14 Prozent der Gesamtleistung reduziert und sie beschäftigte nur noch 11 Prozent aller Arbeitskräfte.

Im Grunde erreichten die Stundenlöhne für normale Arbeiter (nicht Führungskräfte) ihren Höhepunkt Anfang der 1970er-Jahre. Über die letzten dreieinhalb Jahrzehnte lagen die Reallöhne pro Arbeitseinheit meist unter diesem Niveau. Nur gelegentlich und kurzzeitig, zum Beispiel während der letzten Phase der Hochkonjunktur der 1990er-Jahre, hat sich der reale Nettolohn dem Niveau der frühen 70er-Jahre angenähert oder dieses übertroffen. Wenn Arbeiterfamilien ihr Einkommen in den letzten Jahrzehnten verbessert haben, dann dadurch, dass sowohl Mann als auch Frau Vollzeit arbeiteten, viele Überstunden machten oder sogar in zwei Jobs arbeiteten, wenn solche Arbeit verfügbar war.

Anfang der 2000er-Jahre war diese extensive Art der Verbesserung des Familieneinkommens jedoch weitgehend ausgeschöpft. Gleichzeitig sahen sich Arbeiter mit einem scharfen Anstieg gewisser Grundkosten konfrontiert – Wohnraum (sowohl Kauf als auch Miete), medizinische Versorgung und Studiengebühren ihrer Kinder. Also gerieten sie in noch größere Schulden. Am Vorabend der jetzigen Krise Anfang 2007 lagen die durchschnittlichen Schulden von Pri-

vathaushalten **30 Prozent höher** als das jährlich verfügbare Einkommen. Das war hauptsächlich möglich, weil Familien Kredite aufnahmen, die über den Wert ihrer Häuser abgesichert wurden, wobei sie sozusagen von der sich damals ausweitenden Immobilienpreis-Blase „profitierten“.

Dot-Com-Boom und Immobilienpreis-Blase

Um die Immobilienpreis-Blase von Anfang bis Mitte der 2000er-Jahre zu verstehen, müssen wir ein bisschen zurückgehen und einen Blick auf den sogenannten Dot-Com-Boom von Mitte bis Ende der 1990er-Jahre werfen. Das war das klassische Auf und Ab des Konjunkturzyklus, wie von Marx im *Kapital* beschrieben. Ein Investitionsschub hauptsächlich in neue Technologie – in diesem Fall Computer, Internet-Dienste und Telekommunikation – erhöhte das, was Marx die organische Zusammensetzung des Kapitals nannte. Das ist der Wert der Produktionsmittel (die darin verkörperte Arbeitszeit), die gebraucht werden, um lebendige Arbeitskraft anzuwenden. Bürgerliche Ökonomen nennen das: Kapital pro Arbeiter. Eine steigende organische Zusammensetzung des Kapitals senkt die Profitrate. Selbst wenn die Produktivität steigt und die Löhne nicht, wiegt der erhöhte Profit pro Arbeiter das erhöhte Kapital pro Arbeiter **nicht** auf.

In den 1990er-Jahren, während des Booms im Telekommunikationssektor, einem der Hauptpfeiler der „New Economy“ oder „IT-Revolution“, war diese Dynamik deutlich sichtbar. Die Kapitalrendite von Telekommunikationsunternehmen fiel stetig von 12,5 Prozent im Jahr 1996 auf 8,5 Prozent im Jahr 2000. Damals beschrieb ein Wall-Street-Analyst, Blake Bath, auf seine eigene Weise das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate in Bezug auf die Telekommunikationsbranche. „Es sieht so aus, dass der Sektor völlig überkapitalisiert ist“, urteilte er. „Im Verhältnis zu den Erlösen und Profiten sind Investitionen in absurdem Tempo in die Höhe gestiegen“ (*Business Week*, 25. September 2000). Oder wie Marx es in Band III des *Kapital* sagte: „Die **wahre Schranke** der kapitalistischen Produktion ist **das Kapital selbst**“ (Hervorhebung im Original).

In den Jahren 2000/2001 zerplatzte die Dot-Com-Blase, was zu einer Rezession führte. Um die Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs abzumildern, überflutete Alan Greenspan, der Vorsitzende der Federal Reserve (der US-Notenbank), die Finanzmärkte mit Geld. Im Jahr 2003 kürzte die Notenbank die Zinsrate, die für kurzfristige Kredite von Mitgliedsbanken erhoben wurde, von 6,5 auf 1 Prozent. Das war damals die niedrigste Rate in einem halben Jahrhundert. Während dieser Periode lag der sogenannte Leitzins der Notenbank unterhalb der Inflationsrate. Die Regierung verschenkte praktisch Geld an die Finanziers der Wall Street. Ende 2004 warnte der Londoner *Economist*, Amerika „Politik des schnellen Geldes ist über seine Grenzen gequollen“, und „ist in Börsenkurse und Häuser auf der ganzen Welt geflossen, was eine Reihe von Anlagepreisblasen aufgebläht hat“.

Der Kern der jetzigen Krise ist eine Sparte von Finanzinstrumenten, die als Derivate bekannt sind. Traditionelle Basiswertpapiere – Unternehmensanteile und -anleihen – sind in einem formal-rechtlichen Sinn Ansprüche auf Waren, das heißt Güter und Dienstleistungen, die als Arbeitsprodukte sowohl Gebrauchswert als auch Tauschwert verkörpern. Derivate basieren auf Basiswertpapieren oder sind auf irgendeine Art an sie gebunden. Ein typischer und wichtiger Vertreter ist der Credit-Default-Swap. Formal gesehen, und ich betone formal, ist das eine Art Versicherung gegen den Zahlungsausfall einer Unternehmensanleihe. Man kann jedoch einen Credit-Default-Swap kaufen, ohne die entsprechende Unternehmensaktie zu besitzen. In diesem Fall ist es eine Form der Spekulation auf den Zahlungsverzug des Unternehmens. Stellt euch vor, dass zwan-

— **Neu!** —

Spartacist

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Englische Ausgabe
Nr. 61, Frühjahr 2009

€ 1,50
(im *Workers-Vanguard*-Abo enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01

Dongguan, China,
November 2008:
Arbeiter besetzen
Büro in Kaida-
Spielzeugfabrik. Globale
Wirtschaftskrise zeigt
Nachteile und Starrheit
der stalinistischen
„sozialistischen
Marktwirtschaft“



AP

zig Leute Feuerversicherungspolice für dasselbe Gebäude besitzen, wobei 19 von ihnen *nicht* Besitzer des Gebäudes sind. Willkommen in der Welt der Derivate. Darüber hinaus kann man mit sogenannten Put- oder Call-Optionen auch auf Preisveränderungen eines Credit-Default-Swap spekulieren.

Der springende Punkt ist, dass Derivate über Derivate auf andere Derivate aufgetürmt wurden. In Zahlen ausgedrückt: Wenn man 2005 den nominellen Marktwert aller Derivate der Welt addierte, war das Ergebnis *dreimal so groß* wie die Basiswertpapiere, auf denen sie angeblich basierten. Um die extreme Schwere der jetzigen Finanzkrise zu verstehen, muss man erkennen, in welchem *gewaltigem Ausmaß* in den letzten paar Jahrzehnten „fiktives Kapital“ generiert wurde, wie Marx das nannte. Wenn man in den frühen 1980er-Jahren den nominellen Marktwert aller Unternehmensaktien, -anleihen und auch Staatsanleihen der Welt zusammenzählte, entsprach das in etwa der Jahresproduktion von Gütern und Dienstleistungen, was bürgerliche Ökonomen als Welt-Bruttoinlandsprodukt bezeichnen. Im Jahr 2005 errechnete der Internationale Währungsfonds, dass heute nach derselben Berechnung allein der Wert der Basiswertpapiere fast viermal größer wäre als das Welt-Bruttoinlandsprodukt. Und wenn man dann noch Derivate oben drauf legt, hat sich das Ausmaß der Risiken im Finanzsystem um ein Vielfaches erhöht.

Charles R. Morris, ein kritisch eingestellter Finanzjournalist, beschrieb, wie dieser Mount Everest an zweifelhaftem Papier-„Reichtum“ aufgetürmt wurde:

„Wie konnte der Verschuldungsgrad so hoch werden? In der Sparte von Wertpapieren, die wir behandelt haben, gibt es verhältnismäßig wenige ‚Namen‘ oder zugehörige Unternehmen, die intensiv gehandelt werden, höchstens ein paar Hundert. Und eine relativ kleine Anzahl von Institutionen, im Grunde die globalen Banken, Investmentbanken und Hedgefonds, führen den Großteil des Handels durch. Im Endeffekt haben sie ein instabiles Kartenhaus von Schulden aufgebaut, indem sie sie *unter sich selbst* hin- und zurückverkauft und sich die ganze Zeit über Profite verbucht haben. Das ist der Inbegriff eines Schneeballsystems. Solange eine Politik des geschenkten Geldes Zahlungsausfälle verhinderte, kam das Kartenhaus vielleicht ins Wanken, blieb aber stehen.

Doch kleine Störungen in irgendeinem Teil der Struktur können das gesamte Gebäude zum Einsturz bringen, und das bereits deutlich vernehmbare seismische Grollen deutet auf Störungen hin, die sehr groß sind.“ [Hervorhebung im Original] (*The Trillion Dollar Meltdown: Easy Money, High Rollers, and the Great Credit Crash* [Die Billionen-Dollar-Krise: Leichtes Geld, Überflieger und der große Kreditcrash], 2008)

Jetzt, wo das Schuldengebäude kollabiert, drückt es schonungslos die Preise aller Kapitalanlagen nach unten, bis auf Staatsanleihen von Ländern der Ersten Welt. Und auch diese können bald den Bach runtergehen.

Die Auswirkungen auf Westeuropa und Japan

Die Finanzkrise hat die interimperialistischen Spannungen und Interessenkonflikte in der zunehmend uneinigen Europäischen Union massiv verschärft. Die verschiedenen nationalen Rettungspläne haben den EU-internen Finanzwettbewerb intensiviert. Kurzfristiges spekulatives Geldkapital fließt in diejenigen Länder – anfangs zum Beispiel Irland –, in denen die Regierungspolitik die Banken und andere Finanzinstitute sicherer zu machen scheint. Und dann fließt es sofort wieder ab, wenn andere Regierungen scheinbar großzügigere Rettungspakete anbieten.

Es ist auch eine zunehmende Kluft zwischen den zwei Kernländern von EU und Eurozone, Deutschland und Frankreich, zu beobachten. Der selbstherrliche französische Präsident Nicolas Sarkozy, der zufällig während des zweiten Halbjahres 2008 auch die rotierende „Präsidentschaft“ der EU innehatte, präsentiert sich selbst als Retter des Weltkapitalismus. Er hat verschiedene ehrgeizige Vorhaben zur Finanzregulierung und „Stimulierung“ der Wirtschaft im EU-Rahmen wie auch auf internationaler Ebene forciert. Ich brauche nicht zu sagen, dass Sarkozys Gehabe ihn bei den Herrschern der nichtfranzösischen imperialistischen Staaten nicht beliebter gemacht hat.

Insbesondere die deutsche herrschende Klasse, vertreten durch die Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten, hat die diversen Pläne des Franzosen grob beiseite gefegt. Kein deutsches Geld, so verkündeten sie, wird ausgegeben, um für die Verschwendung und wirtschaftlichen Marotten ihrer europäischen „Partner“ zu zahlen. Die Herrschenden in Berlin bestehen allgemeiner darauf, dass andere

Länder – also die USA – dran sind, ihre Wirtschaft selbst in den Griff zu bekommen, und zwar in einer Weise, die auch Deutschland hilft. In den Worten des deutschen [Ex-]Wirtschaftsministers Michael Glos: „Wir können nur hoffen, dass die Maßnahmen, die andere Länder ergreifen, unserer Exportwirtschaft helfen“ (Rede zum Haushaltsgesetz 2009 vor dem Bundestag, 28. November 2008). Träumen Sie weiter, Herr Minister!

Japan, ein bedeutender Akteur in der internationalen Wirtschaft, hat seitens der amerikanischen Finanzpresse nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten. Japan hat die zweitgrößte Wirtschaft der Welt. Noch wichtiger: Es ist die größte Gläubigernation der Welt. Während China vor kurzem Japan als größten Eigner von US-Staatsanleihen überholt hat, hält Japan eine weit größere Menge an privaten Schulden von Firmen aus der ganzen Welt.

1989/90 zerplatzte in Japan eine Immobilien- und Aktienblase und führte in ein Jahrzehnt der Stagnation, das später als „das verlorene Jahrzehnt“ bekannt wurde. Die Finanzbehörden drückten die Zinsrate auf quasi Null hinunter, um Investitionen anzukurbeln. Diese Strategie funktionierte am Ende, aber nicht so, wie die Regierungsbehörden es beabsichtigt hatten. Die riesige Menge industrieller Überkapazitäten und „notleidender Bankkredite“ schreckte von zusätzlichen Investitionen *innerhalb Japans* ab. Also borgten sich japanische Banker und Investoren aus der ganzen Welt billiges Geld in Japan und investierten es dann in anderen Ländern, wo aus dem einen oder anderen Grund die Rendite höher war. In der Finanzpresse wurde das als „Yen Carry Trade“ bekannt.

In Sachen Yen Carry Trade wird jetzt abrupt der Rückwärtsgang eingelegt. Das heißt, Investoren auf der ganzen Welt verkaufen – bei rasch sinkenden Preisen – ihre Anleihen, um Schulden bei japanischen Banken und anderen Institutionen zurückzuzahlen. Das ist jedoch zu einem *selbsterstörerischen* Prozess geworden. Denn diese Geldflut nach Japan treibt den Wert des Yen relativ zu den Währungen fast aller Länder in die Höhe, in denen die Schuldner investiert haben. Das verstärkt also die tatsächliche Last ihrer ausstehenden Schulden und ihrer zukünftigen Schuldrückzahlungen. Stellt euch vor, dass ihr ein großes Becken mit Wasser ausschöpft, und für jeden Eimer Wasser, den ihr abschöpft, fließen durch eine unterirdische Rohrleitung eineinhalb Eimer in das Becken zurück. Tja, mit etwa dieser Situation sind jetzt ausländische

und auch japanische Investoren konfrontiert, die mehr als ein Jahrzehnt lang vom Yen Carry Trade profitiert haben.

Gleichzeitig treibt die Aufwertung des Yen die Preise japanischer Güter auf den Weltmärkten in die Höhe, während die weltweite Nachfrage stark rückläufig ist. Der Kern des japanischen Industriekapitalismus bekommt gerade einen gewaltigen Schlag versetzt. Toyota erwartet in diesem Geschäftsjahr zum ersten Mal in sieben Jahrzehnten einen Verlust in seinem Auto-/Transporter-Geschäft. Sony hat angekündigt, fünf Prozent der Belegschaft seiner Elektronikabteilung entlassen und weltweit bis zu sechs Fabriken schließen zu wollen.

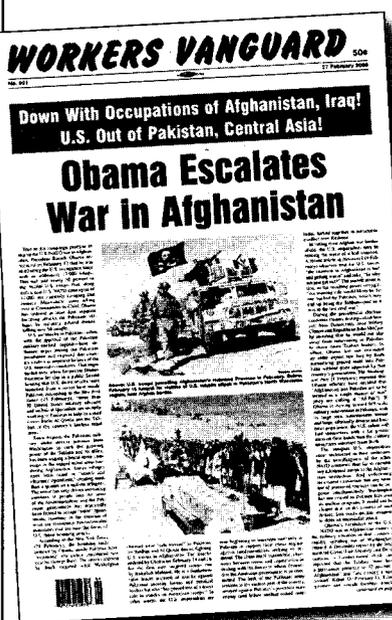
Globale Krise rüttelt an Chinas „Sozialistischer Marktwirtschaft“

Wie sieht's in China aus, das, wie wir wissen, nicht kapitalistisch ist, sondern ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat? Während der ostasiatischen Finanz- und Wirtschaftskrise 1997/98 glich China die Auswirkungen der Krise mittels einer bedeutenden Ausweitung von Investitionen in Industriebauten und Infrastruktur praktisch aus. Und jetzt versucht das stalinistische Regime in Beijing, dieses Vorgehen zu wiederholen. Anfang November kündigte es ein großes Konjunkturpaket (im Wert von 585 Milliarden Dollar) an, das darauf fußt, die Infrastruktur auszubauen – Eisenbahnen, Straßen, Flughäfen, Häfen usw. Seitdem wurde jedoch berichtet, dass die eigentliche Summe viel kleiner ist als ursprünglich angegeben. Nur ein Viertel des Betrages wird von der Zentralregierung bereitgestellt – die anderen drei Viertel sollen von lokalen Regierungsorganen und staatlichen Banken kommen. Diese Institutionen haben jedoch deutlich beschränktere Finanzressourcen. Stephen Green, ein Ökonom der Standard Chartered Bank in Shanghai, kommentierte diesbezüglich: „Es ist angesichts fallender Einnahmen schwer zu sehen, wie Lokalregierungen, Banken und Unternehmen den Rest der 4000 Milliarden RMB aufbringen sollen“ (*Financial Times*, 15./16. November 2008).

Genosse Markin und ich haben die Auswirkung der globalen Krise auf China diskutiert. Und wir beide denken, dass die chinesische Wirtschaft, anders als Ende der 1990er-Jahre, diesmal nicht glimpflich davonkommen wird. Zunächst einmal ist dies keine regionale, sondern eine weltweite Wirtschaftskrise. Und sie hat ihr Zentrum in den USA und in Westeuropa. Allen Anzeichen nach wird sie sehr heftig und ziemlich lang anhaltend sein. Eine Konsequenz ist, dass antichinesischer Handelsprotektionismus seitens der USA und Westeuropas wahrscheinlicher wird.

Die *Nachteile* und die *Starrheit* dessen, was die chinesischen Stalinisten eine „sozialistische Marktwirtschaft“ nennen, werden offen hervortreten und sind schon heute sichtbar. In China gibt es zehntausende Fabriken, mit etlichen Millionen Arbeitern, im Besitz von einheimischen Unternehmern, chinesischen Kapitalisten aus Hong Kong und Taiwan oder ausländischen Unternehmen. Diese Fabriken produzieren Waren, die speziell auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder zugeschnitten sind, wie Spielzeug, CD-Player und Navigationssysteme für Autos. Diese Fabriken können ihre Produktion nicht schnell und einfach, sagen wir, auf Haushaltsgeräte für chinesische Arbeiter und Bauern umstellen. Das wäre selbst dann der Fall, wenn die Volksbefreiungsarmee mit Hubschraubern über Arbeiterviertel und Provinzdörfer fliegen und Geldbündel für die Einwohner abwerfen würde.

Darüber hinaus hat das Beijinger Regime seine eigene Version einer Wohnungspreis-Blase sowie einen Wohnungsbau-Boom gefördert. Das große und zunehmend wohlhabende städtische Kleinbürgertum – chinesische Yuppies – lieh Geld, um Häuser zu kaufen, zu bauen und zu vergrößern.



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 18,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01

Paris, 29. Januar:
Polizeiangriff auf
Demonstranten
während des
Generalstreiks



Boris Horvat/AFP

bern, nicht nur um in ihnen zu leben, sondern als Geldanlage. Sie erwarteten, dass die Marktpreise dieser Häuser immer weiter in die Höhe schnellen würden. Nun, die Wohnungsblase ist jetzt geplatzt. In einem gehobenen Viertel Beijings fielen die Preise für den Ankauf neuer Appartements zwischen Februar und Oktober letzten Jahres um 40 Prozent. Der Londoner *Economist* (25. Oktober 2008) kommentierte: „Der Wohnungsmarkt fügt Chinas neuen Mittelklassen ein paar üble Schocks zu.“ Natürlich sind wir nicht allzu besorgt um die Mühsal der chinesischen Yuppies. Wir sind jedoch sehr besorgt über die Auswirkungen des Zusammenbruchs der Wohnungspreis-Blase auf *unsere* Klasse: das Proletariat. Der Zusammenbruch hatte negative Auswirkungen auf die Wohnungsbauindustrie, deren Arbeitskräfte zum Großteil männliche Wanderarbeiter vom Land sind.

Das Fazit ist: China wird, anders als fast alle kapitalistischen Länder, nicht in eine Rezession geraten. Aber wahrscheinlich wird es einen starken Rückgang der Wachstumsrate durchleben, die in den vergangenen paar Jahrzehnten durchschnittlich zehn Prozent betrug. Damit einhergehend wird es einen starken Anstieg der städtischen Arbeitslosigkeit geben, sowohl bei Arbeitern, die aus dem privaten Sektor entlassen werden, als auch bei Bauern, die in die Städte kommen, um Arbeit zu suchen, aber keine finden. Offiziellen Angaben zufolge wurden bis Ende November 10 Millionen Wanderarbeiter aus ihren Jobs in Chinas Städten entlassen. Und diese wirtschaftliche Not wird zunehmende soziale Unruhe erzeugen. Es gab bereits wütende Proteste von entlassenen Fabrikarbeitern im Perlflossdelta, der Hauptregion Chinas, die Leichtindustrienerzeugnisse für die Märkte der Ersten Welt produziert. Wir wissen nicht und können nicht wissen, ob die Zunahme von Arbeiterunruhen die politische Situation destabilisieren wird. Das übersteigt unsere derzeitigen Kenntnisse.

Keynesianismus wieder in Mode

Was wird wahrscheinlich passieren? Allen Anzeichen nach wird das eine außergewöhnlich schwere und lang anhaltende Weltwirtschaftskrise werden, besonders schlimm in den USA und Britannien. Im ideologischen Bereich und auch, weniger ausgeprägt, in der Politik, werden wir eine Ver-

schiebung vom rechten zum linken Flügel des bürgerlichen politischen Spektrums erleben und haben ihn bereits erlebt. Das bedeutet: eine Finanzpolitik, die auf erhöhter Staatsverschuldung beruht, teilweise Verstaatlichung der Banken und anderer Finanzinstitutionen, Versuche zur ausgedehnten und strikteren Regulierung von Finanztransaktionen usw.

Genosse Robertson und andere haben bemerkt, dass Monetarismus als Doktrin vollkommen diskreditiert und Keynesianismus wieder in Mode ist. In den letzten sechs Wochen habe ich in der englischsprachigen Finanzpresse mehr positive Bezüge auf John Maynard Keynes gelesen als in den letzten zehn Jahren. Genosse Blythe wies darauf hin, dass es ein tief verwurzelter amerikanischer liberaler Mythos ist, dass Franklin Roosevelts New Deal, der auf Keynes' Theorien basierte, die USA aus der Großen Depression der 1930er-Jahre herausgeholt habe. Nein, was die USA aus der Depression herausgeholt hat, war die Ausdehnung „öffentlicher Arbeiten“ während des Zweiten Weltkriegs, wobei die „öffentlichen Arbeiten“ Panzer, Kampfflugzeuge, Flugzeugträger und die Atombombe waren.

Wir haben in der Vergangenheit über Keynesianismus geschrieben, im Verhältnis zur Geschichte unserer Tendenz leider eher in der entfernteren Vergangenheit. Ich empfehle insbesondere drei Schriften. Anfang der 1960er-Jahre schrieb Shane Mage, Mitgründer unserer Tendenz, eine Doktorarbeit: „The ‚Law of the Falling Tendency of the Rate of Profit‘: Its Place in the Marxian Theoretical System and Relevance to the U.S. Economy“ [Das „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“: Sein Platz im marxistischen theoretischen System und seine Relevanz für die US-Wirtschaft] (Columbia University, 1963). Zufällig war sein Doktorvater Alexander Ehrlich, der Autor von *The Soviet Industrialization Debate 1924–1928* [Die Debatte über die Industrialisierung in der Sowjetunion 1924–1928]. Mages Arbeit beinhaltet einen Abschnitt, der den Unterschied zwischen Keynes' und Marx' Verständnis der grundlegenden Ursache von Wirtschaftskrisen erklärt. In der Weltwirtschaftskrise 1974/75 schrieb ich einen Artikel, „Marx vs. Keynes“ (*WV* Nr. 64, 14. März 1975), der zum Teil theoretisch und zum Teil empirisch war. Und 1997/98 veröffentlichte *WV* eine fünfteilige Serie unter der Hauptüberschrift „Wall Street and the War Against Labor“ [Wall Street und

der Krieg gegen die Arbeiter]. Teil drei, „The 1930s New Deal and Labor Reformism“ [Der New Deal der 1930er-Jahre und Reformismus in der Arbeiterbewegung] (*WV* Nr. 679, 28. November 1997), beinhaltet eine theoretische Analyse über Keynes sowie eine empirische Analyse über die USA in den 1930ern, die tatsächliche Politik des New Deals und die wirtschaftlichen Entwicklungen während des Zweiten Weltkriegs.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen darüber, inwiefern die jetzige Situation sehr verschieden von den 1930ern ist. Wie ich schon angedeutet habe, ist die jetzige Situation sehr verschieden dadurch, dass das schiere Volumen von nominellen, rechtsgültigen vertraglichen Schulden, die nicht zurückgezahlt werden können, die Finanzressourcen der kapitalistischen Regierungen um ein großes Vielfaches übersteigt. Britannien und Italien sind bereits auf Schwierigkeiten gestoßen, die erhöhten Haushaltsdefizite zu finanzieren, die von ihren diversen Rettungsplänen herrühren. Die *Financial Times* (1. Dezember 2008) zitierte Roger Brown, einen Finanzanalysten der Schweizer Bank UBS, der hervorhob:

„Regierungen geraten bereits in Schwierigkeiten. So kurz nach den Ankündigungen über Kapitalaufstockungen [der Banken] und zusätzlichem Geldbedarf verheißt das nichts Gutes.

Wir müssen uns die Frage stellen, ob es genügend Investoren geben wird, die die Anleihen kaufen, oder zumindest, ob es die Gewinne wesentlich erhöhen wird, um Investoren anzuziehen.“

All diese Rettungspakete können also bestenfalls einen kleinen Bruchteil der Verluste ausgleichen.

Der zweite Punkt ist, dass die USA in diesen tiefen Abschwung mit einem enormen existierenden Berg von Schulden hineingehen, zum großen Teil bei ostasiatischen

Regierungen und Investoren. Das setzt einer zusätzlichen Staatsverschuldung eine ziemlich enge obere Grenze. In seiner ersten Äußerung nach der Wahl versuchte Barack Obama, Erwartungen, wonach die USA bald zum „Aufschwung“ zurückkehren würden, *abzuschwächen* und nicht zu ermuntern: „Ich habe es früher gesagt und wiederhole es: Es wird nicht schnell gehen und es wird nicht leicht für uns sein, uns aus diesem Loch zu graben, in dem wir stecken.“ So sprach der neue Oberbefehlshaber des mächtigsten kapitalistischen Landes der Welt.

Was ist also die Lösung? Wie wir wissen, ist sie sowohl einfach als auch radikal. Die Arbeiterklasse muss die Produktionsmittel der Gesellschaft – die Fabriken, Transportsysteme, Stromversorgung – den Kapitalisten aus den Händen nehmen und durch die Errichtung einer geplanten Wirtschaft diese Ressourcen im Interesse der Arbeiterklasse und der ganzen Gesellschaft einsetzen. Aber um das zu tun, braucht man eine politische Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse vertritt. In den USA würde eine solche Partei auch für die Rechte und Interessen der unterdrückten schwarzen und Latino-Minderheiten eintreten, für die Rechte von Immigranten und allen anderen unterdrückten Teilen der Gesellschaft. Um solch eine Partei aufzubauen, müssen die Arbeiter insbesondere mit der Demokratischen Partei brechen – also mit der liberaleren oder zumindest liberaler auftretenden Partei des amerikanischen Kapitalismus. Ebenso ist es notwendig, die existierende prokapitalistische Gewerkschaftsführung herauszuschmeißen und sie durch eine Führung zu ersetzen, die für die Interessen der Arbeiter und, wie gesagt, aller Unterdrückten kämpft. Und erst wenn das vollbracht ist, wird es möglich sein, ein grundlegendes Prinzip zu verwirklichen: dass die, die arbeiten, herrschen müssen.■

Dresden...

Fortsetzung von Seite 28

offensichtlich ohne sich effektiv zu verteidigen. Das Opfer wurde aus dem Bus gezerrt, brutal zusammengeschlagen und getreten.

Trotzki, mit Lenin einer der Führer der russischen Oktoberrevolution von 1917 und unermüdlicher Kämpfer gegen den Aufstieg der Nazis in den 20er- und frühen 30er-Jahren, beschrieb 1938 in „Das Programm vervollständigen und in die Tat umsetzen“, wie Hitler Erfolg hatte:

„Die Sozialdemokratie war außerordentlich mächtig. Er [Hitler] schickte eine Bande mit Rudolf Hess zu einer Versammlung der Sozialdemokratie. Zum Ende der Versammlung, sagte er, warfen seine dreißig Jungs alle Arbeiter hinaus, und sie waren nicht in der Lage, Widerstand zu leisten. Da wusste er, dass er siegen würde. Die Arbeiter waren nur zum Beitragszahlen organisiert. Es gab überhaupt keine Vorbereitung auf andere Aufgaben. Nun müssen wir tun, was Hitler tat, nur andersherum.“

Dies bedeutet, die Arbeiter unabhängig von der Kapitalistenklasse und deren Polizei zu mobilisieren, in dem Bewusstsein, dass die Nazis ihre Todfeinde sind, gegen die sie sich verteidigen müssen.

Die Demonstrationen in Dresden gegen die Nazis waren geprägt durch Anpassungen an die Kollektivschuld-Ideologie des deutschen Imperialismus einerseits und durch Vertrauen in und Hoffen auf den kapitalistischen Staat und seine Polizei andererseits. Die Antifa-Demo fand zusammen mit proimperialistischen „Antideutschen“ (AD) statt. Die „AD“ trugen israelische, britische und US-amerikanische Fahnen. Sie feierten die imperialistischen Alliierten, die Dresden in Schutt und Asche gelegt hatten. Sie propagieren die Schuld

aller Deutschen am Faschismus. Diese Lüge wäscht aber den wirklichen Schuldigen weiß: die deutsche Bourgeoisie, die Hitler an die Macht brachte, um die deutsche Arbeiterklasse zu zermalmen und ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten. Aber auch der linke Aufruf des Bündnisses „No pasarán“ sprach vom „Tabubruch im Sinne der TäterInnen-Opfer-Verkehrung“ und teilt damit grundlegend die Kollektivschuld-Lüge. Dem entgegengesetzt intervenierten wir Spartakisten unter anderem mit einem Artikel zu Dresden (*Spartakist* Nr. 158, Frühjahr 2005), wo wir schrieben:

„Die Strategie der alliierten Flächenbombardierung war bewusst und gezielt gegen die deutsche Arbeiterklasse gerichtet: ‚In seiner ‚Area Bombing Directive‘ vom 14. Februar 1942 schrieb das [britische] Luftfahrtministerium als künftiges ‚Hauptziel‘ des Bomber Command fest, durch Flächenbombardements ‚die Moral der generischen Zivilbevölkerung, insbesondere die der Industriearbeiterschaft‘, zu zerstören‘ [*Spiegel Special*, Nr. 01/2003]... Eines der zentralen Motive für die Bombardierung der deutschen Arbeiterviertel war die Angst, dass die deutsche Arbeiterklasse den Kapitalismus stürzen könnte, so, wie sie es schon am Ende des Ersten Weltkriegs versucht hatte, nur diesmal zusammen mit einer siegreichen Roten Armee, und damit wäre Europa rot geworden.“

Die Kollektivschuld steht jeder wirklichen Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse entgegen, und gerade diese ist notwendig, um die Nazis in Dresden und anderswo zu stoppen.

Das setzt aber das Verständnis voraus, dass der bürgerliche Staat und seine Agenturen wie die Polizei und die Gerichte auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Trotz aller Repression durch die Bullen, die den Nazis den

Dresden,
Anfang 1945:
Blick von der
Frauenkirche
auf die völlig
zerstörte
Stadt nach
den alliierten
Bombenangriffen.
Zehntausende
Zivilisten kamen
bei diesem
imperialistischen
Kriegsverbrechen
ums Leben, das
von den
„Antideutschen“
groteskerweise
bejubelt wird



Der Spiegel

Weg freimachten, zeigten sich die fürchterlichen Illusionen des Bündnisses „No pasarán“ in den bürgerlichen Staat und die Polizei in einer Presseerklärung der Sprecherin Heike Schneider: „Falls die Stadt nächstes Jahr ihre Politik ändert, kann antifaschistisches Engagement auch in Dresden erfolgreich sein.“ Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, nahm den Nazi-Terror zum Anlass, um in der *jungen Welt* vom 21. Februar ihre Variante des Vertrauens in den bürgerlichen Staat zu propagieren, indem sie in einem langen Traktat das Verbot der NPD forderte. Jelpke, die wie die DKP, der VVN-BdA und andere die Kampagne „No-NPD“ führt, schürt massiv Illusionen, dass der kapitalistische Staat, der die NPD und andere Nazi-Organisationen über V-Leute führt und finanziert, tatsächlich grundlegend gegen die Nazis vorgehen könne. Dies ist ein anderer Weg, die deutsche Bourgeoisie zu amnestieren, die die industrielle Vernichtung der europäischen Juden und der Sinti und Roma durchführte. Staatliche Verbote stärkten immer den bürgerlichen Staat und richteten sich in erster Linie gegen die Linke. Als das Verbotverfahren gegen die FAP des Nazis Kühnen eingeleitet wurde, folgte das Verbot der kurdischen PKK 1993 auf dem Fuße. Während die Kurden brutal unterdrückt werden, konnten sich die Nazis einfach neu organisieren.

Die Sozialistische Alternative (SAV) schreibt in einer Erklärung vom 16. Februar: „Kein Verlass auf den bürgerlichen Staat“. Das mag links klingen, aber es ist nicht nur „kein Verlass“ auf den bürgerlichen Staat, sondern er steht auf der anderen Seite. Die reformistische SAV dagegen will die Polizisten in Gewerkschaften organisieren, und ihre britischen Genossen von der Socialist Party diskutierten im November 2007 mit Gefängniswärtern auf dem Podium ihres „Socialism 2007“. Dahinter steckt tiefe sozialdemokratische Klassenzusammenarbeit, die notwendigerweise nationalistisch ist. Diese drückt sich darin aus, dass die britischen Genossen der SAV jetzt einen reaktionären chauvinistischen Streik von Bauarbeitern gegen italienische und portugiesische Bauarbeiter mit anführten,

den die britischen Faschisten der BNP zu vereinnahmen suchten (siehe Artikel Seite 4). Eine grundlegende Erkenntnis für jeden Marxisten ist, dass der bürgerliche Staat nicht für die Seite der Unterdrückten gewonnen werden kann, sondern durch revolutionäre Massenaktionen der Arbeiterklasse gestürzt werden muss. Das ist einer der wesentlichsten Unterschiede zwischen Reform und Revolution.

Die Anti-Nazi-Mobilisierungen haben in aller Regel einen klassenübergreifenden Charakter, das heißt, sie sind volksfrontlerisch. Aus Ablehnung des katastrophalen Sektierertums der stalinisierten KPD der „Dritten Periode“ unter Ernst Thälmann, die die sozialdemokratischen Arbeiter als „Sozialfaschisten“ abschied, wurde die falsche Lehre gezogen, dass die Arbeiterbewegung sich auf ein Programm der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie beschränken muss, um gemeinsam mit bürgerlichen Kräften die Nazis einzudämmen. Damit aber reduziert sich der Kampf gegen Faschismus darauf, die bürgerliche Demokratie zu erkämpfen oder zu erhalten. Wie der Marxismus erklärt, ist bürgerliche Demokratie aber – wie auch der Faschismus – eine Form der Diktatur der Bourgeoisie. Die Volksfront ist keine „intelligente“ Taktik oder Stufe im Kampf gegen den Faschismus, sondern der größte Verrat, weil sie die Arbeiter und Unterdrückten der Kapitalistenklasse unterordnet, deren Schocktruppen die Faschisten sind. Wie Trotzki 1938 im „Übergangsprogramm“ der Vierten Internationale schrieb: „Die ‚Volksfronten‘ auf der einen, der Faschismus auf der anderen Seite, das sind die letzten politischen Mittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution.“ Wir kämpfen für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen! Wir wollen alle potenziellen Opfer der Nazis hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse mobilisieren. Dies setzt die Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und ihrem Staat voraus und ist somit der Volksfrontpolitik, entgegengesetzt. Und nur neue Arbeiterrevolutionen können dem Faschismus den Garaus machen. Für neue Oktoberrevolutionen weltweit! ■

SPARTAKIST

Volksfrontpolitik entwaffnet Gewerkschafter, Linke

Dresden: Staat schützt Nazi-Aufmarsch

Am 13. und 14. Februar konnten in Dresden bis zu sechstausend Nazis ungehindert für ihre Völkermord-Propaganda aufmarschieren. Dabei wurden sie vom bürgerlichen Staat, d. h. der Polizei, geschützt, während linke Gegendemonstranten massiv eingeschüchtert und in einem Kessel praktisch gefangen gehalten wurden. Eine „Geh-Denken“-Demo von SPD, LINKE, Grünen, DGB und Kirchen zog einige tausend Teilnehmer an. Die *Berliner Zeitung* vom 16. Februar beschrieb die Demos treffend als „Harmloser Protest gegen Rechts“. Nach dieser ungeheuerlichen Provokation und nur ohnmächtigen Gegenprotesten traten die Nazis mit gestärktem Selbstbewusstsein auf. An der Raststätte Teufelstal, in der Nähe von Jena, wurde ein Bus von nordhessischen Gewerkschaftern brutal von Nazis angegriffen und ein Gewerkschafter so schwer am Kopf verletzt, dass er mit einem Schädelbruch operiert werden musste. Die Nazis sind die extralegalen Bürgerkriegstruppen der Kapitalistenklasse und die Todfeinde der Arbeiterklasse und der Linken. Sie können und müssen gestoppt werden.

Der Aufruf des DGB zur „Geh-Denken“-Demo nach Dresden war kein Aufruf, den Nazi-Aufmarsch zu stoppen, sondern diente dazu, das Image des deutschen Imperialismus aufzumöbeln. Bei Demonstrationen dieser Art geht es nur darum, ein paar mehr Leute als die Nazis auf die Straße zu bringen, Politikern wie Müntefering oder Claudia Roth ein Forum zu geben und die bürgerliche Demokratie hochleben zu lassen. Durch die von Sozialdemokratie und



Jens Schlüter/DDP

Dresden, 14. Februar: Massiver Polizeieinsatz gegen autonome Antifa-Demo. Illusionen in die Neutralität des bürgerlichen Staates, Polizei und Gerichte entwaffnen Arbeiterbewegung und Linke politisch

Gewerkschaftsbürokratie betriebene Politik von Klassensammenarbeit und Vertrauen in den bürgerlichen Staat, die auch den Dresdner Demos zugrunde lag, zeigten sich die Gewerkschafter beim brutalen Naziüberfall an der Raststätte Teufelstal völlig entwaffnet. Die sozialdemokratische Politik hat das Bewusstsein von Gewerkschaftern zerstört, dass Nazis die Todfeinde der Arbeiterklasse sind. Als die Gewerkschafter von einer Gruppe von 20 Nazis angegriffen wurden, flüchteten sie in den Rasthof oder in die Busse,

Fortgesetzt auf Seite 26

Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung kann Faschisten stoppen!